



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Schreibleitung und Verlag: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26. Fernsprecher: Ortsverkehr Dönhofs (A) 3600-3665, Fernverkehr Dönhofs 3686-3692. Telegramme: Ullrichhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 660.

## Berlin

Bezugpreis monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustell- oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgebühr. Anzeigen: mm-Zeile 32 Pf., Familien-Anz. mm-Zeile 20 Pf. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.

10 Pf. [Auswärts 15 Pf.] • Nr 311

SONNABEND, 1. JULI 1933

MORGEN-AUSGABE

## Hindenburg zur Kirchenfrage

### Ein Schreiben an den Reichskanzler

Reichspräsident von Hindenburg hat an Reichskanzler Hitler in der Frage der Auseinanderberückung in der evangelischen Kirche folgendes Schreiben gerichtet:

„Sehr verehrter Herr Reichskanzler! Die Auseinanderberückung in der evangelischen Kirche und die Gegenläufe, die zwischen der preussischen Staatsregierung und der Leitung der preussisch-evangelischen Landeskirchen entstanden sind, erfüllen mich als evangelischen Christen wie als Oberhaupt des Reichs mit großer Sorge. Insbesondere, an mich gerichtete Telegramme und Zuschriften bestätigen mir, daß die deutschen evangelischen Christen durch diese Auseinanderberückung und durch die Sorge um die innere Freiheit der Kirche außer tiefste Besorgnis sind. Aus einer Fortdauer oder gar einer Verschärfung dieses Zustandes muß schwerer Schaden für Volk und Vaterland erwachsen und die nationale Einheit leiden. Vor Gott und meinem Gewissen fühle ich mich daher verpflichtet, alles zu tun, um solchen Schaden abzuwenden.“

„Als meiner größten Besorgnisgegenstand sind Fragen mit Ihnen weils ich, daß Sie, Herr Reichskanzler, diesen Sorgen vollstes Entgegengehen entgegenbringen und bereit sind, auch Übertritts zur Überbrückung der Gegensätze mitzubieten. Deshalb habe ich die Überzeugung, daß es Ihrer Insaamsinnigkeit Weisheit gelingen wird, durch Verhandlungen sowohl mit den Vertretern der beiden in Widerspruch befindlichen Richtungen der evangelischen Kirche als auch mit den Vertretern der preussischen Landeskirchen und den Organen der preussischen Regierung den Frieden in der evangelischen Kirche wiederherzustellen und auf dieser Grundlage die angebotene Einigung der verschiedenen Landeskirchen herbeizuführen.“

Mit freundlichen Grüßen bin ich Ihr Ergebenster  
von Hindenburg.“  
Reichskanzler Hitler hat den Reichsminister des Innern, Dr. Frick, bereits beauftragt, Verhandlungen im Sinne

des vorstehenden Schreibens des Herrn Reichspräsidenten einzuleiten.

Dieses Schreiben des Reichspräsidenten wird vom ganzen deutschen Kirchenvolk ohne Unterchied der Richtung als ein beherauschender Schritt zur Klärung der kirchenpolitischen Lage begrüßt werden. Denn es gibt die Gewisheit, daß an den verantwortlichen Stellen des Reiches volle Einmütigkeit besteht, den notwendigen Umbau der Kirche nach ihrer eigenen Wesensart und im Ausgange aller geistlichen Strömungen zu vollziehen.

## Aufruf Wehrkreisparfers Müller

Wehrkreisparfer Müller veröffentlicht folgenden Aufruf: „Die Not in Kirche und Volk ist so groß geworden, daß ich aus der Verantwortung meines Amtes die Führung des Deutschen Evangelischen Kirchenbundes übernehmen habe. Pflicht und Aufgabe ist es mir, die Einigkeit und Freiheit der evangelischen Kirche so schnell wie möglich wiederherzustellen. Ich bitte alle evangelischen Christen um Ihre Fürsicht, und alle Vereinen, insbesondere die Führer der Kirchen bitte ich um Ihre Mitarbeit. Unser Herr und Selbsterlanger und uns, daß wir in Liebe und Vertrauen den Neubau der Kirche ausführen.“

Die Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche soll und muß jetzt in kürzester Frist aufgestellt sein. Dann soll das Kirchenamt sein. Zu sprechen und ich kann zum Führer gehen und ihm sagen, daß die Deutsche Evangelische Kirche bereit ist zum Dienst an Volk und Vaterland in Gehorsam gegen das Evangelium. So erreichen wir, was wir alle erkennen, wie es der Ruf der Stunde von uns verlangt. Gott helfe uns allen!

## Transfer-Einigung

Um die Auswirkungen des heute in Kraft tretenden Transfer-Aufschubs für die ausländischen Gläubiger Deutschlands soweit wie möglich zu mildern, nimmt die Reichsbank in Aussicht, die Zinsen der Auslandskredite zu 50 v. H. zu transferieren. Die andere Hälfte und die Tilgungsbeträge müssen die Schuldner in die Konversionskasse einzahlen. Ueber die Einzelheiten berichten wir im Handelsteil.

Die Reichsregierung hat sich zu einer wesentlichen Milderung der im übrigen heute in Kraft tretenden Devisenpolitik entschlossen und damit ein Zeichen ihres guten Willens gegeben, das im Ausland die verdiente Anerkennung finden sollte. Man erinnere sich, daß die Notenbank vor etwa drei Wochen die Erklärung abgab, sie könne um 1. Juli an für den deutschen Schuldendienst keine Devisen mehr zur Verfügung stellen, ausgenommen allerdings die Geschäftsvorfälle und die Zahlungen im laufenden Kredit- und Handelsverkehr. Zwar sollten die Schuldner die fälligen Zins- und Tilgungsbeträge weiterzahlen, aber in eine Konversionskasse, wo sie als Sperrkapital im Interesse der Gläubiger verwahrt werden sollten. Durch ein Gesetz vom 9. Juni wurden die deutschen Streiknehmer zu dieser Form der Zahlung verpflichtet. Allerdings haben Reichsbank und Regierung mit der angelegten Transfer-Regelung nun vorherberein nur einen Rahmen geschaffen, welche die tatsächliche Durchführung des Transfer-Aufschubs sollte auf Grund von Verhandlungen und Vereinbarungen mit Vertretern der Gläubiger erfolgen, mit anderen Worten, man wollte nicht ein Moratorium, sondern eine Einigung, welche nicht eine einseitige, sondern eine verträgliche Regelung.

Die Verhandlungen, die zu diesem Ziel führen sollten und geführt haben, begannen bereits wenige Tage nach dem Erlass des Gesetzes. Das fünfjährige Stadium hat voraussichtlich in den kommenden sechs Monaten eingehenden Devisen und unter der Voraussetzung einer ungeführten Landesentwicklung wie es ist in dem im Handelsteil abgedruckten Kommuniqué der Reichsbank heißt, hat sich nun die Reichsbank entschlossen, eine 50prozentige Verzinsung zu bewilligen. Dieser Satz geht über die in den letzten Tagen veröffentlichten Schätzungen (rund 30 Prozent) erheblich hinaus, was in der Tat zur Folge hat, daß die auch von den Gläubigern anerkannte Notwendigkeit, den Gold- und Devisenbestand der Reichsbank anzureichern, wenn überhaupt, dann nur in äußerst bescheidenem Umfang und sehr langsam Erfüllung finden wird. Sinau kommt, daß die Zinsen für die Dawes- und die Young-Anleihe in voller Höhe und für die Dawes-Anleihe außerdem die Tilgungsbeträge in Transferform zu zahlen werden. Das ist jedoch nicht unbedingt erforderlich, sondern ausgetragene internationale Anleihen eine Vorzugsbehandlung erfahren werden, bezogen, wenn sie schon in unserer Erläuterung zur ersten Transfer-Entscheidung als wünschenswert und nannten es zweckmäßig, denn wie sollen künftig internationale Anleihen ausgetragt werden, wenn Anleihen wie die deutschen von 1924 und 1930 nicht mehr? Unter diesen Gesichtspunkten hat sich jetzt auch Österreich und Ungarn ihre international garantierten Vorkriegsanleihen vom Moratorium ausgenommen.

Die Reichsbank betont, daß sie die Teiltransferierung unter der Voraussetzung in Aussicht nimmt, daß die normale Entwicklung des deutschen Außenhandels von seiner Seite durch Eingriffe behindert wird. Der deutsche Ausfuhrsaldo hat sich in den letzten Monaten zu Hause angelesen, als man auf Grund der ersten Monate des Jahres annehmen mußte. Er stellte sich im Januar und Februar auf einstmals 40 Millionen Reichsmark, in den beiden folgenden Monaten auf 61 und 64 Millionen und im Januar auf 80 Millionen, eine Zahl, die genau dem Monatsüberschuss des vorigen Jahres entspricht. Trotzdem steigt ein Ausfuhrsaldo in dieser Höhe — auch unter Berücksichtigung des Mittlums der unrichtigsten Handelsbilanz, vermutlich 450 Millionen im Maximum — nicht ohne Gefahr und Gefahr auf einstmals 40 Millionen dieses Jahres in Devisen zu verzeichnen. Zudem muß trotz aller Bemühungen der Weltwirtschaftskongress befristet werden, daß sich der Wettbewerb auf den Weltmärkten immer schwieriger gestaltet — man denke nur an den Waport, den die Länder mit sich entwerfender Ballast gegenwärtig haben — und daß andererseits der Devisenbedarf für die Einfuhr von Rohstoffen und die Befreiung der internationalen Abhilfe, auf deren Bezug die deutsche Industrie angewiesen ist, immens stark anzuheben. Unter diesen Umständen wurde es, wie es in dem Kommuniqué der Reichsbank heißt, bei den Verhandlungen in London, allgemein anerkannt, daß es notwendig ist, den deutschen Warenexport mit allen Mitteln zu fördern, da nur auf diese Weise auf eine Wiederanregung des Transfers in vollem Umfang

## Hitler aus Mendel zurück

### Schmitt und Darré Preußenminister — Posse Staatssekretär

Reichskanzler Hitler ist gestern aus Mendel wieder in Berlin angekommen. Am Nachmittag fand eine Ministerversammlung statt, an der die neuernannten Reichsminister Dr. Schmitt und Dr. Darré teilnahmen, ebenso zum ersten Male der stellvertretende Parteiführer der NSDAP, Frick.

Mitglied wird über die Ministerberufung folgendes mitgeteilt: In der Ministerversammlung am Freitagabend wurde begrüßt der Reichskanzler zunächst die neuernannten Minister und den stellvertretenden Parteiführer der NSDAP, Frick. Der Reichskanzler sprach sodann sein Bedauern über den Rücktritt des bisherigen Reichswirtschafts- und Ernährungsministers Dr. Siegenberg aus, dessen wertvolles Wirken in der deutschen Volkswirtschaft und insbesondere im Reichsbankdienst er noch in einem Schreiben zum Ausdruck bringen werde. Der Reichskanzler bedauerte dann über seinen Wunsch, den Reichswirtschaftsminister in Mendel und hob hervor, daß er besonders erfreut gewesen sei über die Freische und das gute Befinden des Reichspräsidenten, der dem Reichskanzler die besten Wünsche und Wünsche übermitteln ließ.

Der preussische Ministerpräsident Brüning teilte mit, daß auf seinen Vorschlag am Reichskanzler als Reichsstatthalter für Preußen der Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt zum preussischen Minister für Wirtschaft und Arbeit und der Ernährungsminister Darré zum preussischen Landwirtschaftsminister ernannt worden sind. Das Reichskanzler genehmigte die Ernennung des Diplomingenieurs Gottlieb Feder zum Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium und erklärte sich damit einverstanden, daß der bisherige Ministerialdirektor im Reichswirtschaftsministerium Dr. Posse zum 2. Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium vorgeschlagen wird.

Reichspräsident Dr. Schacht berichtete schließlich über die am Sonntag in Kraft tretende Regelung des Zinnsfußes der Zinsen und Amortisation der ausländischen Gläubiger, wie sie auf Grund der Londoner Verhandlungen mit den Auslandsgläubigern nunmehr stattfindet. Das Reichskanzler billigte die

Vorschläge des Reichsstatthalterpräsidenten und der Reichskanzler dankte Dr. Schmitt im Namen des Reichskanzlers für seine unermüdeten Bemühungen, der vorliegenden Schwierigkeiten Herr zu werden.

## Staatssekretär Willkens

Auf seine Taugungsgarantien Kaufschreiber der NSDAP in Berlin teilte Minister Darré mit, daß er den Landbauangeordneten Bode zum Kommissar f. B. im Reichsernährungsministerium ernannt habe. In Preußen ist die Frage des Landwirtschaftsministeriums so gelöst worden, daß Reichsminister Darré zum Ministerpräsidenten Goering zum preussischen Landwirtschaftsminister ernannt sei. Die Geschäfte des Ministeriums teilte Willkens, der zum preussischen Staatssekretär im Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten ernannt wurde.

Weiterhin sprach Minister Darré über die Reorganisation des deutschen Bauernhandels, die jetzt beabsichtigt sind in den Völkern und Provinzen organisch bis zum vollständigen Neuaufbau durchgeführt werden soll.

\*

Der Reichskanzler hat den Reichsminister a. D. Dr. Siegenberg nunmehr von seinem Amt als Kommissar des Reichs für das Preussische Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten und das Preussische Ministerium für Wirtschaft und Arbeit zurückgezogen. Die Verordnung des Reichspräsidenten über die Einsetzung von Reichsministern in Preußen ist damit hinfällig geworden. Siehe auch zweite Seite

## Flagge der „Rube“ gefunden

Im Fernmark-Beck haben am Sonntag die Anwesenheit des neuen Segelbootclubs der Reichsmarine „Rube“ noch am Freitag die Flagge des „Rube“ gefunden. Die Flagge wurde an die Marineleitung der Rube in Kiel abgeliefert.

20 29 16 34



# London „formuliert“

## Die Verhandlungen über die Stabilisierung

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LONDON, 30. JUNI

Bisher haben sich in den Sitzungsnummern des Großbritanniens die einzelnen Gruppen die Goldwährungsänderung unter sich, die Goldwährungsänderung zusammen mit MacDonald und Neville Chamberlain — ausgesprochen. Der Verhandlungstermin hat sich heute noch erweitert. Es hat eine Konferenz zwischen den Dominionsstaaten und dem englischen Premierminister und schließlich eine Aussprache zwischen Montagu Norman, der, wie man berichtet, in aller Eile aus der City nach Kensington gerufen wurde, und MacDonald stattgefunden.

Die Vermittlungsverhandlungen wurden ergebnislos abgebrochen. In der Hoffnung, daß der Nachmittag eine Entscheidung bringen würde, haben Bonnet und Colijn ihre Abreise aus London bis auf heute abgebrochen. Es gab eine Unterabhandlung, als möglich behandelt wurde, daß die Nachmittagsstimmung nicht im Konferenzgebäude, sondern in der Dienstwohnung des Premierministers stattfinden würde. Nach knapp einstufigem Verhandeln ist die Sitzung vertagt worden. Das Foreign Office hält sich in Schwagen und befindet sich lediglich, daß die Verhandlungen wieder aufgenommen werden, wennfalls erst in der nächsten Woche. Bonnet und Colijn reisen ebenfalls heute abend ab.

Das Verhandlungsgeschehen ist immer basierend: Der Entwurf einer Resolution über den Schutz der Goldwährungsänderung und der Maß zur Stabilisierung, deren Formulierung aber noch vollständig gegeben sein muß, daß sie für die Amerikaner und für die Engländer, annehmbar ist.

Dabei gibt es Unstimmigkeiten unter den Mitgliedern des Goldbundes selbst. Der Resolutionsentwurf ist bereits, wie aus zuverlässiger Quelle berichtet wird, neunmal umgearbeitet worden, doch immer hat man keine befriedigende Formulierung gefunden. Auf Grund der Aussprache, die gestern der Sonderabgeordnete Roosevelt, Prof. Woley, mit MacDonald im Geheiß hat, stellen heute aus dem Weissen Hause definitive, wenn auch nicht neue Vorschläge gefommen. Herr Woley ist in seinem Fall zur Entscheidung, wobei zu einer endgültigen Entscheidung zu einer Terminpunkt, bereit. Das weitestgehende Zugeständnis ist die Weizsäckerpolitik, welche Spekulationsangriffe auf die gefährdeten Währungen abzuwehren.

An der Bepredigung in Downing Street hat aber Prof. Woley nicht teilgenommen. Das deutet darauf hin, daß die Goldländer bisher wenigstens ihre ursprünglichen Forderungen noch nicht so weit zurückgegriffen haben, als daß sie sich mit einer so niedrigen Bindung zufrieden geben könnten. Die Engländer spielen weiter die Rolle des bemittelten Vermittlers. Damit, daß sie den Goldländern in Anspruch stellen, wird sich doch noch die Möglichkeit zeigen zu bekommen, und indem sie den Amerikanern versprechen, daß sie einen maßgebenden Einfluß auf die Goldländer ausüben werden, vermeiden sie es prinzipiell, sich in irgendeiner Weise festzulegen.

## Annulierung der NSDAP Mandate im Wiener Rathaus

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

WIEN, 30. JUNI

Heute abend fanden rings um das Rathaus große nationalsozialistische Demonstrationen statt. Wasche zu Fuß und zu Pferd mußte die Straßen säubern. Inzwischen formierte sich im Rathaus der Wiener Stadtrat, der identisch ist mit dem Wiener Gemeinderat. Die 15 nationalsozialistischen Abgeordneten waren unter Führung des Ombuders Benussi erschienen. Gleich zu Beginn der Sitzung begründete der sozialdemokratische Abgeordnete Spornung die Annullierung der Mandate der nationalsozialistischen Mandate für erledigt erklärt werden sollen. Eine Partei, die der Demokratie widerspreche, habe kein Recht auf demokratischen Schutz. Die NSDAP in Österreich arbeite an dem Sturz der demokratischen Republik. Als der Ombuders und Abgeordnete Stadtrat Frauendorf zur Erwidmung das Wort ergriff, verteilten die Christlichsozialen demagogisch den Stipulations.

Frauenfeld erklärte, daß wegen Terrorakte niemals den Wünschen der Nationalsozialistischen Partei entgegen hätten und daß sie nur die Folge der durch Verleumdungen und sonstigen ungesetzlichen erregten Empörung seien. Spornung fröhlich terrorisierten Ältern, selbst den Brand des Luftschiffes, habe man niemals eine bestimmte Partei bei der Ausbruch von Vorkriegsbedarf verantwortlich gemacht und sie verboten. Wenn man einem Dampfschiff alle Ventile zuverste, zerseehe er. Er schloß: Wir lehnen alle Verantwortung ab. Was hier geschieht, ist nur eine vorübergehende Erregung im Aufstiege des gefamdeutschen Volkes. Wir treten nach wie vor unverbündet für die Idee ein, daß wir einander und werden mit jedem Tag gefesteter. Wir werden unser Ziel zu erreichen suchen. Ran erst recht: Mit dieser für Österreich!

Nachdem ein weiterer nationalsozialistischer Redner seine Ausführungen beendet hatte, erklärten die Christlichsozialen wieder im Saal und nahmen gemeinsam mit den Sozialdemokraten den Antrag auf Annullierung der nationalsozialistischen Mandate an.

## Verjährtete Grenzkontrolle

Der Staatsminister im Reichsfinanzministerium, Reichardt, sprach am Freitag auf einer Tagung des Bundes der Reichssozialbeamten. Er sagte u. a.: „Personen, die die Grenze des Deutschen Reichs überschreiten, müssen in Zukunft mehr als je streng überwachet werden,

Wie lange dieses Spiel noch weitergehen kann, weiß niemand. Die Stimmung ist gelände. Vielleicht wird sich diesmal doch noch der Isen früher gefundene Lösung finden lassen, daß die Zentralnotenbanken untereinander zu einem ineffizienten Wirtschaften gelangen. Die Goldwährungsänderung und Bonnet innerhalb seiner Schwankungen stabil zu halten. Dann könnte offiziell die unrichtige Entscheidung zu harmlos formuliert werden, wie es die Amerikaner wünschen. Vielleicht aber ist es Bonnet erst mit seiner Forderung, daß die Stabilisierungsfrage energisch angepaßt werden muß. Dann aber ist die Gefahr weitlich drohend, daß die Konferenz scheitern kann.

## Die Frage an Amerika

LONDON, 30. JUNI

Bei den Bepredigungen zwischen MacDonald und dem Vertreter der Goldwährungsänderung Frankreich, Italien, Schweden, Holland, Belgien und Polen sowie der amerikanischen Abordnung wurde heute abend vollkommene Einigkeit über Abordnungen einmündlich der englischen und amerikanischen über eine von den Goldwährungsänderern vorgelegte Währungsformel erreicht.

Der Text der Formel ist an Präsident Roosevelt gefaltet worden. Der französische Finanzminister Bonnet erklärte in einer Briefschreibung, daß mit der einstimmigen Annahme des Textes die Währungsverhandlungen abgeschlossen seien. Ueber den Inhalt der Formel keine er noch keinerlei Mitteilung machen. Falls Roosevelt nicht einnehme, so wäre dies nicht das letzte Wort. Den französischen Journalisten erklärte Bonnet, sie sollten die Bedeutung der Erklärung nicht überbetonen.

## Amerikas Antwort

WASHINGTON, 30. JUNI

Amlich wird mitgeteilt, Präsident Roosevelt betrachte eine vorübergehende Stabilisierung der Währungen als eine Angelegenheit, die nur die Zentralnotenbanken lösen sollen. Es sei nicht die Aufgabe der Sonderer Weltwirtschaftskonferenz, eine Währungsstabilisierung zu versuchen.

Die dauernde Stabilisierung könne nur durch einen internationalen Vertrag der nachfolgenden Regierungen der Welt vorübergehend werden. Roosevelt ist aber überzeugt, daß diesen noch beträchtliche Zeit in Anspruch werde. Die Schlüssel sollten zunächst daran gehen, eine vorübergehende feste Basis für die Währungen zu finden. Roosevelt hoffe, daß diese Arbeit beschleunigt werden könne. Die Frage einer dauernden Festlegung des Wertes der Währungen müsse sorgfältig überprüft werden, bevor Schritte unternommen werden. Damit sei die Frage verbunden, ob die Goldländer die Goldwährung aufgeben sollten, um eine technische Grundlage für allgemein stabilisierte Währungen zu finden. Die amerikanische Regierung wolle den Schwankungen des Dollars keine allzu große Bedeutung bei. Im übrigen habe Roosevelt in der letzten Zeit mit den nachfolgenden Mächten in freier Verbindung gestanden.

gerechnet werden könne, und das letzte Endes große internationale Schuldverpflichtungen nur erfüllt werden können durch Währungsänderungen und Dienstleistungen. Die volle Aufnahme des Transfers hofft die Reichsbank im übrigen bereits Anfang nächsten Jahres in die Weltwirtschaft umlegen zu können.

Der Förderung unserer Ausfuhr, die im übrigen auch aus Gründen der Arbeitserhaltung und Arbeitsbeschaffung wichtig ist, dient auch Maßregeln nach die Regelung, die für die Exportmarkt für die Wirtschaft genommen werden ist. Die Einzelheiten dieser Regelung werden allerdings noch erst in der kommenden Woche im Einvernehmen mit einer Güterkommission, die in den nächsten Tagen nach Berlin kommt, festgelegt werden. Zunächst ist bestimmt worden, daß die Konventionen für die nicht transferierten Gütern handelsübliche Schuldbriefe zur Verfügung stellt, während die die Finanzbeträge auf einem Specialkonto aufschreibt. Die Finanzierung eines Teils der Ausfuhr im Hilfe vom Export, die, wie nicht oft genug betont werden kann, nicht eine Währungsregelung, sondern ein Wertpapier darstellt, kann also ein Mittel sein, um das Währungsdumping unter großen Konturen auf dem Weltmarkt Englands und Amerikas zu einem geringen Teil auszugleichen.

## Die beurlaubten Generalsuperintendenten

Von allen Amtspflichten entbunden

Der Kommissarische Präsident des Evangelischen Oberkirchenrats hat an die beurlaubten Generalsuperintendenten der Mitpreussischen Landeskirche am 30. Juni folgenden Schreiben gerichtet:

„Am Zweifel zu beheren und Gewissenabenden zu zerstreuen, halten wir fest, daß die beurlaubten Generalsuperintendenten nicht nur von ihren Vermittlungsgeschäften, sondern auch von der geistlichen Führung ihrer Sprengel und damit auch von dem Artikel 100 und folgenden der Bestimmungskunde genannten Pflichten entbunden sind, insonderlich auch von der Aufgabe, Angriffe gegen die Kirche abzuwehren.“

In diesem Zusammenhang machen wir noch darauf aufmerksam, daß der Schritt des Herrn Generalkommissars und die Tätigkeit seiner Beauftragten nach allen vorliegenden Erklärungen einen „Angriff“ nicht bedeuten.“

Die Herren Geistlichen sind den beurlaubten Generalsuperintendenten in keiner Hinsicht mehr unterstellt und ihnen daher nicht mehr zum Gehorsam verpflichtet.



Der Kommissar für die preussischen Landeskirchen, Jäger, hat an Wehrkreiskommissar Müller ein Schreiben gerichtet, in dem er die Bitte um die Wehrkreiskommissionen herab, da der offizielle Vizepräsident des Oberkirchenrats, Hoffmeister, zur Zeit beurlaubt ist.

## Die neuen Staatssekretäre

Boise

Der Jur. Hans Ernst Poile, wurde am 13. August 1886 in Berlin geboren. Nach Weichselberg seine juristischen Studien an den Universitäten Bonn und Berlin kam er 1909 als Referendar an die Regierung in Köln und 1913 als Regierungsassessor an das Landratsamt in Weiden (Oberpfalz). Den Weltkrieg machte er als Referentoffizier mit. 1918 wurde er als Hilfsarbeiter in das Reichsministerium für Handel und Gewerbe berufen und wurde 1921 dort Ministerialrat. Im Jahre 1924 trat er zur Reichsregierung über und wurde Ministerialdirektor und Leiter der Zoll- und Handelspolitischen Abteilung im Reichswirtschaftsministerium. In den folgenden Jahren nahm er in dieser Eigenschaft an fast sämtlichen bedeutendsten handelspolitischen Verhandlungen mit dem Auslande entscheidenden Anteil. Im August 1931 nimmt Poile als zoll- und handelspolitischer Sonderbeauftragter der deutschen Abordnung an der Weltwirtschaftskonferenz in London teil.

Willkürs

Berner Willkürs wurde am 8. Februar 1883 in Wienburg am Sarz geboren und ist evangelisch. Nach bestandenen Abiturientenexamen trat er im Jahre 1912 als Gehilfenjunge in das Gebirgsverwaltungsamt Nr. 24 ein. Den Weltkrieg machte er als Batterieführer bei verschiedenen Gebirgsartillerieregimenten an der Front mit. Seit dem Frühjahr 1919 widmete sich Willkürs der Wirtschaftung seines Ouzo-Ordnungsrichters Felix Gwiler. Er schloß sich freiwillig der NSDAP an und war Mitglied des Reichsausschusses für die vierzig Wählerperiode des Jahres 1928. Im Dezember 1931 wurde er Präsident des Reichslandbundes, dessen Präsidentium er zur Zeit auch angehört. Ferner ist er Mitglied des Vorstandes des Reichsverbandes der Deutschen Bauernschaft.

## Zahnen-Verfahren wird durchgeführt

Die Angehörige Preffelesse Bremen teilen mit: „Aus Anlaß der in der Öffentlichkeit umlaufenden Gerüchte, daß der Bremer Senat beabsichtigt, die Durchführung des Strafverfahrens gegen die Gebrüder Zahnen zu verhindern oder zu verzögern, stellt der Senat fest, daß diese Gerüchte jeder Grundlage entbehren.“ Der nationale Senat hat heute den Antrag abgelehnt, einmündig, daß im Interesse der Öffentlichkeit unbedingt die beschleunigte Durchführung des Strafverfahrens gegen ihn und er wird sich mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln hierfür einsetzen.“

## Mandatsniederlegung

Der Reichsminister im Reichsfinanzministerium, Reichardt, sprach am Freitag auf einer Tagung des Bundes der Reichssozialbeamten. Er sagte u. a.: „Personen, die die Grenze des Deutschen Reichs überschreiten, müssen in Zukunft mehr als je streng überwachet werden,

nicht nur hinsichtlich der Güter und der Passiere, die sie bei sich führen, sondern auch hinsichtlich ihrer Person. Es kann im Einzelfall von schwerem Schaden für die gesamte Nation werden, wenn eine Person, die ein Verdräer an der Deutschen Reichswirtschaft oder ein sonstiger Verdräer ist, über die Grenze hinausgefahren wird, und umgekehrt, wenn unaufriche und verdreherische Elemente nach Deutschland hereingefahren werden. Die Interessen des Volksganzen bedingen, daß die Kontrolle an den Grenzen unseres Reichs eher etwas zu streng als zu milde durchgeführt wird.“

Um die Gültigkeit der durch Durchführung ihrer schweren Aufgaben im Grenzgebiet zu unterstützen, läßt ihnen für einige Zeit ES-Kameraden zur Seite geben. Ich erwarte, so faste Staatsminister Heinrich, daß unsere kranken Volksgenossen in der Eingliederung der ES-Kameraden in den Grenzgebiet eine willkommene Hilfe und einen angenehmen Schutz erblicken, und daß sie mit ihnen das beste Einvernehmen pflegen werden.

## Die Unterordnung im DGB

Miltzow aus der Führung ausgeschieden

Der bisherige Verbandsvorstand des Deutschen Handlungsgewerksverbandes (DGB), Wilhelm von Hamburg, ist vom Führer des Deutschen Arbeitervort, Dr. Ley, abgerufen worden. Zum Nachfolger wurde der bisherige Personalchef des DGB, August Poil, bestellt.

Es wird dazu mitgeteilt, daß diese aus rein politischen Gründen notwendig gewordene Umleitung in keinerlei Zusammenhang mit der durch die Beauftragten der Deutschen Arbeitervort vorgenommenen geistlichen Arbeit im Rahmen der Finanzwirtschaft des Verbandes und seiner Einrichtungen stehe. Die Prüfungskommission habe sich heute überzeugt, daß die Verwaltung der Finanzen und aller Anlagen nach besten kaufmännischen Grundsätzen erfolgt ist und zu Verhandlungen kein Anlaß vorliegt. Die Finanzanlage des Verbandes ist nach wie vor gut.

Eine Aufzählung des Deutschen Handlungsgewerksverbandes, von der irtümlich in der Presse berichtet wurde, ist von einer Stelle beabsichtigt. Darüber sei in einer Aussprache zwischen Poil und dem Führer des Deutschen Handlungsgewerksverbandes, Schumacher, dem fähigsterweise solche Äußerungen in der Mund gelegt worden, ein wüßige Klarheit geschaffen. Es sei der Wille der Deutschen Arbeitervort und ihres Führers Dr. Ley, daß die Organisation des DGB die Grundlage und Aufnahmequelle für die wirtschaftlichen und sozialen Fortschritte sein soll. Der Anlaß sei es nicht zu wagen. Die Maßnahmen der NSD, die aus politischen Gründen erfolgen, würden wieder eingeleitet, nachdem diese Gründe nicht fortgefallen sind.

# Unsere Zeit

1. Juni 1933

# Bayrische Volkspartei vor der Auflösung

## Die belastenden Dokumente

1. Juni: Geheiß zur Verwirklichung der Arbeitslosigkeit (Arbeitsbeschaffung, Senkung der nationalen Arbeit, Erhebe rung, Verbesserung von Frauen in die Hauswirtschaft).
2. Juni: Sonderpolitik für Arbeitslosigkeit gebildet.
3. Juni: RDB-Tagung in München.
5. Juni: Friedrichs Arbeitsehrlichkeit bei Planes.
6. Juni: Habsburger Oberbefehl in Berlin erwidert.
8. Juni: Biermischepate - Friede für 10 Jahre - abge schlossen.
8. Juni: Oberpräsident Prinz Philipp's Amtsantritt in Kassel, Niderrhein-Göringe zur Arbeitslosigkeit.
9. Juni: Devisenperze für Auslandswesen. Allgemeine deutsche Diktatorat gebildet.
10. Juni: Der Deutscher Kampf für die Internationale Arbeiterkon ferenz.
12. Juni: Eröffnung der Weltwirtschaftsforenzen. Attentat auf die Heimwechthärer Steile und Hin zelien.
13. Juni: Senkung der SPD in Prager und Berliner Richtung, 170 braune Hüter in Döhrerfeld geschossen und zahl reiche Führer verhaftet.
14. Juni: Deutscher Protest in Wien wegen der Beschaffung des Preisfalltags bei der Genesung, Subjekt. Gegenmaßnahmen - Abweisung des Reichspräsidenten Reichs-Waltes - Arbeiterband aus Berlin.
15. Juni: Führungskraft der NSDAP.
16. Juni: Die Traubänder der Arbeit genannt. Willkühe-Einigung in London.
17. Juni: 27 Jahre Gefängnis für Dr. Döhrer.
17. Juni: Militärprotest Gombis in Berlin.
18. Juni: NSDAP-Bericht in Döhrerfeld.
19. Juni: Reichsland verliert die Arbeiterkonferenz. Internationale Kampfring aufgelöst.
21. Juni: Aktion gegen die Bayerische Volkspartei. Danziger Regierung Raubhuhn (NSDAP) gemährt.
22. Juni: Eingliederung des Stahlblechs in die NSDAP. Hagenberg bei Hitler.
23. Juni: Verbot der NSDAP.
24. Juni: Fremde Flieger über Berlin. Reichs-Auto-Bahn beschließen. Niderrheinische Arbeitslosigkeit: 4.977.000. Reichskommissar Jäger für Preußen ernannt.
25. Juni: Reichsminister von Reichsregierung tritt zurück.
28. Juni: Niderrheinische Hagenberg. Selbstauflösung der Deutschnation. Übertragung für Verfallens. Schwab verübt Freilassung der Auslandsgruppen.
29. Juni: Gitter in Menden.
30. Juni: Aufnahme des Heils, Führers der NSDAP Rudolf Sief in Reichsminister. Reichsminister Jäger Döhrer und Reichsminister Schmitt ernannt. Gottfried Sieder Staatsleiter.

### Eigene Meldung der Vössiischen Zeitung

MÜNCHEN, 30. JUNI

München, den 30. Juni. In den letzten Tagen haben verschiedene Ortsgruppen der Bayerischen Volkspartei aufgelöst, heute kommt heute abend aus dem Streifen der Parteileitung die Nachricht, daß der Entschluß zur Selbstauflösung der Partei feststeht. Einzelheiten über die Liquidierung der Partei sollen in Kürze bekanntgegeben werden.

Die „Bayerische Staatszeitung“ zitiert Einzelheiten aus den belastenden Dokumenten, die bei der Aktion gegen die Bayerische Volkspartei beschlagnahmt wurden und die, wie Kultusminister Gie in ein wiederholt hervorgehoben, Mitglied des Landesausschusses rechtsdrehen. Beim Fürsten Werke (Bormuth des Landesausschusses) wurden, wie Minister Giehm bekanntgab, Dokumente gefunden, die einen bis in einzelne ausgebreiteten Festigungsplan bezeugen. Aus den Dokumenten geht hervor, daß man noch eine Reservierung für den politischen Willen der Partei suchte. Auch die direkt von der politischen Kirche beeinflussten Organisationen, wie Jugendvereine und Gesangsvereine, sollten ein anderes Gesicht erhalten.

In den belastenden Dokumenten heißt es weiter: „Man erwartete, daß die radikalen Elemente des Nationalsozialismus einer zweiten Revolution fähig wären könnten. Deshalb müssen diese radikalen Elemente und Bewegungen mit allen Mitteln geführt und unterdrückt werden.“ Weiter habe das aufzufindende Material den Beweis erbracht für die Gründung eines Komitees, das mit der Vorbereitung erfindender und lägenhoher Gerichte und Meldungen beauftragt war und das damit die begonnene Weltarbeit gegen die nationale Regierung und den widerrechtlichen nationalen Staat fortsetzen und durchführen sollte.

## Deutschnation Hannoverische Partei aufgelöst

Das Direktorium der Deutschnation Hannoverischen Partei veröffentlicht eine Erklärung, daß die Deutschnation Hannoverische Partei sich auflöst. Getreu ihrem stets bekundeten Eintreten für Heimat und Vaterland löst die Partei ihre Anhänger, das alle Dankensgang der Treue aus dem neuen Reich dieser Zeit zu machen. Die Abgeordneten der Deutschnation Hannoverischen Partei im Reichstagen haben dem Antrag auf Aufnahme in die Fraktion der NSDAP geheißt.

## Gegen die Staatsfeinde

Auf Grund einer Befragung des Reichstages sämtlicher Fachleute und akademischer Kooperations mit dem Reichsverband der Deutschen Volksparteien ist das folgende bei den Studentenverbindungen beschlagene Material wieder freigegeben worden. Die Ausgabe ergab die Gewißheit, daß es auch die katholischen Studentenverbindungen als ihre vornehmste Pflicht ansehen, Bestreben zu treiben und die Beteiligung ihrer Mitglieder bei den nationalen Wehrverbänden begrüßen.

Die in Wehrverbänden häufig in Schlußwort genommenen katholischen Wehrverbände, nach dem von Direktor der Bewegung gegen die Staatsfeinde und dem Reichspräsidenten, das eine Wiederholung des Reiches politische Beteiligung für die Wehrverbände notwendig worden war, wieder freigegeben. Nach einer Befragung des bühnigen Direktorats werden die freigegebenen nicht mehr auf ihre Amtstellen zurückzuführen.

Robertstheater, das Schwänke ohne Roberts soll mit der gleichen Treue und mit dem gleichen Enthusiasmus aufnehmen wie die Lustspiele, in denen der ausgezeichnete Humorist der Bremertruppe persönlich auftritt. M. J.

**Der Dank des Reichspräsidenten.** Reichspräsident von Hindenburg hat am den langjährigen Direktor der Biologischen Reichsanstalt für Land- und Forstwirtschaft, Professor Appell, der für die im Wehrverhältnis außerordentlich verdient gemacht hat, bei seinem Ausscheiden aus dem Reichsdienst ein herzliches Dankgeschreiben gerichtet.

**Thasilo v. Scheffers 60. Geburtstag.** Am 1. Juli wird Thasilo v. Scheffers und seiner Ehefrau ein jubelndes Jubiläum, der sein Leben ganz in den Dienst der höchsten Staatspflichten, die fast jeden Tag sind. Auf einen opferreichen und dem Gemeinwohl gewidmeten Leben, das er durch eine schwere Erkrankung nach dem Göttern gebildet. In Italien ergriff ihn der Geist der Antike. Er widmete sich im fortschreitenden Alter, später in Übersetzungen und literarischen Darstellungen. Einem modernen Kritiker für italienische Städte letzten Bestreivungen, die vor allem der Welt Romens galten, Übertragungen der großen Epen und der Sinnen- und Bilder der Romers Schönheit, ihre Philosophie und sein Zeitalter. Daher seinen Bestrebungen in anderen alten Dichtern und Schriftsteller der religiösen- und kulturphilosophischen Schriften und eine Gruppe von Gegenständen, die auch die germanische Götterwelt einbeziehen. 1924 gründete Scheffers die Romano-Gesellschaft, mit deren Hilfe er die Dionysien, das umfangreiche Epos des spätgriechischen Dichters, in deutscher Sprache herausgab.

**Jenauer Universitäts-Jubiläum.** Die Universitätsfeier in Jena wird in diesem Jahr die 375-jährigen Jubilar feiert. Diese werden diesen Abend mit einem akademischen Konzert eingeleitet. Das Festspiel Symphonie-Orchester spielte unter der Leitung von Professor Böhmman Beethoven's fünfte Sinfonie und den Namen von Franz Schlegel, der zum 350-jährigen Jubiläum der Jenener Universitätsfesten festlich komponiert wurde.

**Neues Mitglied des Theaterausschusses.** Der Preussische Ministerpräsident Brüning hat bei der letzten Versammlung am Ministerpräsidenten, Bernhard Hermann, als Mitglied in den Preussischen Theaterausschuß berufen.

**Japanische Ausstellung.** Die Weltausstellung Dumeil in Tokio wurde in den Räumen der Japanischen Kaiserin, Regierungspalast, am 2. Juni eröffnet und hat am 9. Juni ihren Schluß genommen. Sie wird täglich von 8 bis 1 Uhr nachmittags zu besichtigen sein. Der Eintritt ist unentgeltlich.

In Preußen werden der noch in aktiver Dienst befindliche, wenn auch seit langem krank gemeldete Polizeimajor Winterstein und der ebenfalls seit langem in Preußen aus dem Konsulatentwurf überführt. Beide gehörten der Sozialdemokratischen Partei an.

## Strafantrag im Gippel-Prozeß

1 1/2 Jahre Gefängnis und 20.000 Mark Geldstrafe

Im Prozeß gegen den Generallandeshauptdirektor Gippel betonte Generalstaatsanwalt Parde in seiner Plädoyer, daß es sich bei der Güterübergabe bei der Einziehung nicht um eine politische Aktion handele, sondern um eine rein kriminelle Angelegenheit. Der Generallandeshauptdirektor habe in Döhrerfeld befugnis gehabt, wie kaum eine andere Verleumdung der Fröhen. Die Ersten Dinge bedeuten nichts anderes, als daß öffentliche Maßnahmen mit persönlichen Vorteil verknüpft wurden. Gippel habe nicht sozial, sondern egoistisch gehandelt, und zwar aus egoistischer Gedulde.

Generalstaatsanwalt Straßer beantragte wegen Betrags an den den Jahre Gefängnis, drei Jahre Ehrverlust und 20.000 Mark Geldstrafe. Er wolle für die Verurteilung des Gippel zu dem, daß bei dem Angeklagten, der ein Einkommen von 30.000 Mark hatte, eine Notlage nicht vorhanden war. Die Plädoyer der Verteidiger finden am Sonnabend statt. Das Urteil wird in der nächsten Woche gefällt werden.

## Oberreichsanwalt Ebermayer ?

Im Leipzig hat gestern im Alter von 75 Jahren der frühere Oberreichsanwalt Professor Dr. Ludwig Ebermayer.

Der Tod Ebermayers wird von allen bekannt werden, die ihm beruflich oder andererseits nahegestanden sind. Dem Ebermayer war nicht nur ein ausgezeichneter Jurist, insbesondere ein hervorragender Kriminalist und ein in vielen Kreisen beachtetter Beamter, sondern auch eine Persönlichkeit, hinter deren etwas kurz angebundener bejahrterer Mann ein warmes Herz und ein feines Empfinden erkennbar waren. In einem protokollierten Vortragsbuch der alten Reichshauptstadt Wehringen am 15. April 1898 geschähen, hat er als Staatsanwalt in Straubing und Bamberg sich ausgezeichnet, daß er 1902 als Reichsgerichtsrat nach Leipzig berufen wurde. Sein Amtsantritt über das Strafsenatssystem des künftigen Strafgesetzbuches vor dem Deutschen Juristentag 1908 eröffnete ihm den Weg zu der Beteiligung in der Strafsreformkommission, die in den letzten Jahren vor dem Bräute unter dem Vorsitz von Lucas den Entwurf eines neuen Strafgesetzbuchs ausarbeitete. Mit dieser Aufgabe blieb er dann dauernd verbunden. Als die Entwurfs- vor dem Reichstag kamen, wurde Ebermayer zum Reichsminister der Reichsregierung ernannt. Zu den Besonderen, denen er seine besondere Aufmerksamkeit widmete, gehörten diejenigen, die mit der Stellung des Reichsminister im Strafgesetz beauftragten. 1921 wurde er zum Oberreichsanwalt berufen. Es war die Zeit der großen politischen Prozesse, namentlich der Prozesse gegen den sogenannten Riegelsverbrechen. Die Umlicht und Klugheit, mit der sich Ebermayer dieser Aufgabe unterzog, fand überall höchste Anerkennung. Außerdem wurde ihm der Professorstitel begehrt in der Kaiser-Wilhelms-Universität zu Göttingen. Seine hervorragende Stellung im deutschen Strafrecht kam dadurch zum Ausdruck, daß die deutsche Landesgruppe der internationalen kriminalistischen Vereinigung ihn zu ihrem Vorsitzenden wählte.

### Neues Berufungsverfahren für die Hochschulen

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Ruß, den Fakultäten mitgeteilt, daß er in der nächsten Zeit von dem bisher üblichen Verfahren zur Berufung von Professoren einen Wandel herbeiführen will. Es werden in einer Reihe von Fällen von den Fakultäten keine Listen mehr eingereicht werden, sondern den Fakultäten wird Gelegenheit zur Stellungnahme zu bestimmten Vor schlägen gegeben werden. — Eine derzeitige Beendigung des Berufungsverfahrens ist notwendig geworden, weil sonst die zeitige Neuverteilung der Fächerungen gescheitert ist.

### Arbeitsparende Maschinen verboten

Eine Anordnung in Thüringen

Der thüringische Staatskommissar Dr. Widmann hat nach längeren Verhandlungen mit den Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern der Thüringischen chemisch-pharmazeutischen Gewerkschaft eine Vereinbarung erlassen, mit der die Aufstellung neuer Maschinen verboten wird, die die Beschäftigten des Installations verdrängen könnten. Danach wird die Überlieferung der 48 Stunden wöchentlichen Arbeitszeit verboten und dieses Verbot auch auf die Arbeit der Maschinen ausgedehnt. Diese Vereinbarung, mit der gleichzeitig auch ein bestimmter Mindestlohn festgelegt ist, war das Ergebnis eingehender Aussprachen zwischen den beteiligten Kreisen.

### Beurlaubung eines Berliner Pfarrers

Pfarrer Dr. Buchholz, der Vorsitzende des Tempelhofer Gemeindekirchenrats, ist mit folgender Beurlaubung beauftragt worden. Die Ausübung aller Amtsgeschäfte ist ihm durch Verfügung des Konfirmandenpräsidenten unterstellt worden.

### Stahlhelm-Fraktion zur NSDAP übergetreten

Am Oldenburger Gesamtverband hat die Fraktion der Kampffront Schwarz-Weiß-Blau, die aus zehn Verbänden des Stahlhelms besteht, ihren Übertritt zur Fraktion der NSDAP erklärt.

## Terzett zu viert

Theater in der Behrenstraße

Zwei Mannsleute, zwei Weibchen auf dem Theater. Titel: Terzett zu viert. Aber, fürstlich kein Erdbeben, festerliche Theatergeißel. Es geht alles legitim zu, und das Stübchenmädchen, weibliche Bevölkerung Nummer zwei, geht im Orden überhaup nicht dazu.

Der Vierte im Terzett ist nämlich Schrotte, der Chauffeur. Seine Überdies zieht der Ökonomie Mann eines an, um seine Ökonomie zu verbessern, wenn es sechs Monate mit dem Ökonomie Mann zwei verbracht ist. Die Wüste führt natürlich zur Wiederherstellung des Duetts von früher, und Paul braucht nicht mehr Schrotte zu spielen.

Paul heißt der Herr Direktor und Paul Heilmann spielt ihn, pfiffig, heimlich, in einer Döhrer mit Wai, aus der dem, was eine überhebliche Ökonomie herauswinkt. Wie der Zufall so spielt, auch die Ökonomie heißt Ökonomie wie ihre Darstellerin Ökonomie Blütenberg. Der zweite Ökonomie Mann wie sein Vernehmer den jungen Schauspielers Kurt von Hüfflin, und die Döhrer heißt Ellen Metzenhille, Opa-Glücklind für reiche Kaufmännungen aus Wien mit dem härtesten Schwanktempoerente des Abends.

Gesamt. So muß sich der Träger der Doppelrolle Paul und Schrotte wohl früher Kurt genannt habe, auf Carl Goeß und die Holle nicht spielen. Es ist schon ein Weibchen her und deshalb wirt das Ganze wie ein historisches Drama aus der Zeit einer Welt, die sich um die Pole Dreie, Wolf, Pöter, Zinsen drehte. Mondfinstern nennt man so etwas heute, wenn man zum Gebrauch freibeworben Scheinung nicht.

Beste vor damals, als Kaiser noch Carl Bier, das Aufstieg mit Rückficht nicht erfinden. Zeit heißt Leo Lucas's Glück so weil die vier Personen von Zeit her Zeit, wenn ihnen gerade nichts anderes einfällt, in Schläger auftreten. Sie fingen und tangen die Weifen Willy Hofens. Dadurch erfahren wir: „so ein Glas Gett, das Schmidt.“ Oder jemand bekennt: „ich will mich mit zum Überdiessten einen Ruf von dir.“ Mondlicht hängt dann wieder ein Anderer an: „Gibbe keine Kamell, ich komm heimell.“

Welche von diesen Methoden die Unberührligkeit der Grammophonphonie verdient, will ein Publikum mit Ernst entscheiden. Er wird gewiß strenger sein, als das Premeren-Publikum des

# Ungarn und der Nationalsozialismus

Bericht der Vossischen Zeitung

BUDAPEST, ENDE JUNI

In Ungarn zeigt sich im allgemeinen eine unerwartete Sympathie für den Faschismus. Gelobt in bürgerlichen Kreisen werden die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bestrebungen des italienischen Faschismus im großen und ganzen objektiv gewürdigt, und die nicht zu betreitenden Erfolge anerkannt. Bei der wohlwollenden Beurteilung des Faschismus spielt unläugbar auch die traditionelle ungarisch-italienische Freundschaft, die durch den Weltkrieg nur vorübergehend getrübt war und vor einigen Jahren eine Wiedergeburt erlebte, eine bedeutende Rolle.

Diese Sympathie, die sich bei vielen Gelegenheiten in Wort und Schrift bekundet, geht aber nicht so weit — die Ausnahmen werden später angeführt werden —, daß man in den maßgebenden politischen Kreisen und auch in den größten und einflussreichsten Schichten des Volkes eine Verpöndung des Faschismus nach Ungarn wünscht. Bei aller Anerkennung gewisser Errungenschaften des italienischen Faschismus wird sowohl in der Regierungspartei als auch bei der Opposition immer wieder darauf hingewiesen, daß man zwar vom Faschismus manches lernen, einiges sogar, den ungarischen Verhältnissen angepaßt, übernehmen könnte, daß alle fünfzehnjährige Verfassung aber keineswegs antaunlich bürge und an der jetzigen parlamentarischen Staatsform festhalten müsse.

Ministerpräsident Gömbös, dessen erste Auslandreise als Leiter der ungarischen Delegation bekanntlich Mussolini gegolten hat, und der diese Gelegenheit veranlaßt, um die Verdienste Mussolinis und die Erfolge des Faschismus zu würdigen, hatte vor einigen Monaten noch die Absicht, die jetzt förmlich Reform des ungarischen Wahlrechts mit einer teilweisen Verwirklichung des Systems der Einheitsvertretung nach italienischem Vorbild zu verknüpfen. Allerdings wurde bekannt, daß die Regierung diesen Plan aufgeben habe, an eine Teil-Faschisierung des Parlamentes nicht mehr denke und sich im einbringenden Geheißentwurf über das neue Wahlrecht auch weiterhin an die Grundzüge der unmittelbaren Volkserhebung halten werde. Dies behauptet aber keineswegs, daß Ministerpräsident Gömbös den Gedanken einer Einheitsvertretung nach Art des Faschismus bereits aufgegeben hat und sich nicht mehr für eine Einheitsvertretung halten würde. Der Ministerpräsident wollte aber aus tatsächlichen Gründen vermeiden, den Oppositionsparteien etwa eine Gelegenheit zu einem lebensgefährlichen Kampfe um die „bedrohliche fünfzehnjährige Verfassung“ zu geben.

Am ungarischen Abgeordnetentage sitzen auf den Bänken der Regierungspartei (Einheitspartei), der christlichen Wirtschaftspartei, die die Regierung unterstützt, je fünf aber von ihr abzuwenden beginnt, und derjenigen Oppositionellen, die parteilos geblieben sind, manche Politiker, die die Zielsetzungen des Faschismus wohl verstehen und billigen, ohne damit deren maßlose Überhebungen ins Ungarische zu übertragen und schon für jetzt unmöglich zu halten. Die Prinzipien des Faschismus, vereint mit denen des Nationalsozialismus, verbindet die ungarische Sozialistische Arbeiterpartei, deren auch in Deutschland bekannter Führer und parlamentarischer Vertreter Abgeordneter Goltan von Meszo ist. Mehrere Vertreter dieser Partei, darunter auch der Schriftführer Vajsbere, setzen sich für die Verwirklichung einer anderen, im Zeichen des Faschismus und Nationalsozialismus stehende politische Partei, die im Parlament nicht vertreten ist. Die beiden besetzten sich heftig. Während die erwähnten Parteien bei der Aufnahme ihrer Mitglieder sehr streng an die Bedingung des Ariertums halten, nehmen die zwei sich gleichfalls zum Faschismus bekennenden ungarischen Frontkämpferparteien unter der Leitung des Meszo als Einheitsparteien (Einheitspartei) und Zwangs-Ariertums in ihre Reihen auch Juden auf. Faschistisch nennt sich auch die „Partei der Epochen“ und die „ungarische Faschistische Arbeiterpartei“. Die Partei Goltan von Meszo vertritt eine „Nemzet Szava“ (Stimme der Nation) besitzende Tagesblatt, die übrigen Parteien über Wochenblätter. Sie betreiben außerdem eine mehr oder minder lebhaft propagandistische Arbeit von Versammlungen und öffentlichen Vorträgen, sowie mit Hilfe von Massenversammlungen.

Alle diese Parteien ziehen von Zeit zu Zeit gewiss die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung auf sich, geben oft bemerkenswerte Reden, werden ebenfalls in Anlässe faschistischer Versammlungen, doch kann ihnen vorläufig, solange Ministerpräsident Gömbös und die Regierung sich ihnen verschließen, keine übergeordnete Bedeutung zugemessen werden.

Die Militärbedeutung dieser Parteien soll nach Angaben ihrer Anhänger einige 100.000 betragen, nach Schätzung der politischen Beobachter aber in Budapest und auf dem flachen Lande zwar im Anschluß begriffen sein, doch 50–60.000 kaum überschreiten.

## Polnische Flugzeuge über Rommern

Nach den beim Reichsluftfahrtministerium vorliegenden Berichten steht unabweisbar fest, daß am Donnerstag vormittag fünf polnische Militärflugzeuge — also eine ganze militärische Einheit — zwischen Bismarck und Rommern und der Dörschke länger als eine Stunde über deutschem Reichsgebiet flogen sind. Einem der Flugzeuge lag in nur 200 Meter Höhe. Gegen diese beiden schweren Grenzverletzung wird beiderseits bei der polnischen Regierung schärfster Protest erhoben werden.

# Was der Faschismus lehrt

Aus dem Vortrag des Propaganda-Ministers Dr. Goebbels

Der Vortrag des Reichspropaganda-Ministers Dr. Goebbels in der Deutschen Hochschule für Politik, über den wir schon kurz berichtet, liegt jetzt im Vorlaut vor. Wir entnehmen ihm nach folgenden Stellen, die für den deutschen Nationalsozialismus programmatische Bedeutung haben dürfen:

### Staat und Partei

„Man muß dem Volke ein Gerippe geben“, sagte Minister Dr. Goebbels. „Das Gerippe kann verschiedenartig aussehen. Es kann sich in der Form eines Geribes oder einer Arme oder einer Organisation darstellen. Es kann auch eine Partei sein. Aber es muß im Volk immer eine Minderheit geben, die die Richtung weist. Das war in Rom, in altem Rom; das war in Preußen die Arme; das ist im faschistischen Italien die faschistische Partei; das ist im nationalsozialistischen Deutschland die nationalsozialistische Bewegung. (Beifall) Das Gerippe aber darf nicht neben dem Staat stehen, sondern es muß im Staat stehen. Der Staat muß um dieses Gerippe herumgebaut werden. Der Staat einmal das Gerippe, so sieht die Welt in sich zusammen. Das große Problem des faschistischen Weltbaus bestand deshalb darin, den Faschismus als Funktion in den Staat einzubringen. Diese politische Organisation darf nicht neben oder hinter dem Staat stehen, sondern sie muß sich mit dem Staat verschmelzen und man muß ihr die Überlegenheit einimpfen, daß sie eigentlich der Staat sei. Die Mehrheit muß der Allgemeinheit den Stempel geben, aber die Minderheit macht Geschichte.“

Mussolini hat den Generalstabschef seiner Partei schon sehr bald ins Kabinett berufen und ihm den Rang eines amtierenden Ministers gegeben. Dieser Einbau in den Staat wurde natürlich nach unten fortgesetzt, so daß man heute nach einer zehnjährigen Entwicklung getraut davon sprechen kann, daß Faschismus und Staat eigentlich dasselbe ist. Damit war auch die Verbindung zum Volke gefunden. Die Partei, die die Macht wollte, wurde der Partei, die die Macht übernahm und ihre Verbindung zum Volk nur in den letzten Mitteln der Macht sieht! Wehe der Regierung, die sich auf nichts anderes verläßt, als auf die Beamtenbürokratie und die Polizei! (Beifall.)

### Vorrat einer Minderheit

„Nur dann wird ein Regime von Bestand sein, wenn es seine Rückendeckung im Volk selbst findet, nur dann wird aber das Regime die Rückendeckung im Volke finden, wenn es eben die Politik des Volkes betreibt. Das heißt mit anderen Worten: der Faschismus ist wie der Nationalsozialismus das volle Vorrat einer Minderheit. Diese Minderheit aber stellt nicht eine dünne Oberfläche dar, die in der Hauptarbeit liegend, nur das Gesicht des Staates bestimmt, sondern diese Minderheit ist die Spitze. Die Spitze vertritt sich nach unten und gibt das ganze innere Gerippe des italienischen Staates und Völkersgesamtheit.“

„So ist die Partei selbst — ich möchte fast sagen, wenn sie nicht mit ihrerlei wollen — die Antinomie des faschistischen Volkes geworden. Durch diese Partei geht der Stoff, und aus dieser Partei heraus kommt die geförmete Masse, die Masse, die fastautomatisch eingeschaltet werden kann, mit der man manövrieren darf, die Masse, die nun als gestaltvolles Gebilde aus der Hand des großen politischen Künstlers herorgeht. Das Regime belächelt sich selbst ohne Politik und ohne Administration; die Kraft des Volkes ist aber der Stütz des faschistischen Regimes. Diese Seite ist in der Tat zur Masse und von der Masse zum Volk und vom Volk zur Partei emporgeliegen, so daß man heute von Italien nur sprechen kann, wenn man dabei den Faschismus und die große Persönlichkeit Mussolini meint.“

### Die Presse in Italien

„Die italienische Presse ist nach einem neuen Gesetz reglementiert worden. Wir werden ja in absehbarer Zeit in Deutschland selbst Rechte und Pflichten der deutschen Presse festlegen müssen. Etwas aus dem italienischen Pressewesen ist für uns verwendbar, einiges entspricht nicht dem deutschen Volksgedanken. Das aber heißt fest: Wir müssen die deutsche Presse in die Verantwortung des Staates miteinbeziehen. Das Recht, Zeitungen zu schreiben, ist eine Pflicht dem Staate gegenüber. Etwas ist der Staat verbunden, die Zeitungen zu schreiben, die wenig mehr hat der Staat das Recht der Approbation unter, wenn der öffentlichen Meinung gegenüber, der ganze Volkswille vergessen und verdrängt kann. (Beifall.)

„Das soll durchaus nicht die Uniformierung der öffentlichen Meinung bedeuten. Es soll aber heißen, daß in den großen grundsätzlichen Fragen der Nation im Volke eine Meinung herrschen muß. Es geht nicht an, daß der eine Kopf, Eigentum ist Dichtung, und der andere, Eigentum ist hohe Kultur, und daß der eine in der Religion die Erfüllung menschlicher Schmelze sieht, der andere dagegen Optimismus für das Volk. Da muß man sich einig sein, daß man einen oder anderen bestimmen. Man mag an Nebenabsichten, in Formennanzen verschiedener Meinung sein, der Grund muß gleich sein. Lauter er nicht gleich, dann müssen die Männer des Staates oder des Volkes diese Gleichheit vollziehen, auch wenn dabei die eine oder andere Individualität zu Schaden kommen könnte (Beifall). Wir sind nicht an die Spitze des Staates gestellt, um die Individualitäten zu schonen, sondern um dem Volk seine Verbundenheit zu bestätigen.“ (Beifall.)

### Im zehn Jahre voraus

„Der Faschismus ist ein zehn Jahre voraus, nicht abgesehen, denn wir haben in den zwölf Jahren unserer Opposition manches schon getan, was er nach der Übernahme der Macht tun mußte. Er hat aber Zeit geherrscht, zehn Jahre lang, die der Staat in sich zu tun hätte, was wir nicht tun konnten. Das müssen wir nachholen. Das ist alles verwendbar, was er geschaffen hat. Gleich aber ist

der Geist, in dem es getan wird, der ist Impuls, der über allem liegt, der ist Wille, der alles antreibt, der Motor, der alles in Bewegung setzt.“

„Was wir weiterhin vom Faschismus lernen müssen, das ist: Eine Revolution darf keine Kompromisse schließen! Eine Revolution ist entweder eine Revolution oder sie ist es nicht! (Beifall) Eine Revolution hat die historische Pflicht, ganze Erde zu machen und dabei nicht sentimentale Bemerkungen zu verlieren. (Beifall) Es liegt im Wesen, im Zug einer revolutionären Entwicklung, daß vieles befristet werden muß. Wenn alte Formen nicht sterben können, dann muß man das, was da fällt, formen. Denn die Welter ist nicht dazu da, unter alten Formen zu zerbrechen, sondern Formen sind dazu da, Willen erfüllt zu geben. (Beifall) Keine Kompromisse! Das heißt: Man hat die Macht entweder ganz, oder man hat sie gar nicht. (Beifall) Wenn die Jugend an die Führung des Staates kommt, dann muß sie arbeiten, muss arbeiten als die Welter, sie darf niemals müde werden. Es muß dem ganzen Staat das Tempo aufdrücken. Es wird nie zu langsam gearbeitet in den Regierungen. Man muß die Dinge anpacken und auch einmal den Mut haben, über die Schranken der Bürokratie hinwegzuspüren.“

„Wenn ich zum Schluß noch eine Mahnung aussprechen darf: Gehen Sie aus, die Parteien zu zerlegen. (Beifall) Es darf nicht davon mehr übrig bleiben. (Beifall) Es darf in der Nation nur einen Willen und eine Einheitsfront geben, und die kann eben nur von einer Organisation mobilisiert werden. Wir werden in zehn Jahren ein einiges Deutschland darstellen, so wie Italien heute ein einiges Volk ist. Wir werden in diesen zehn Jahren zueinander finden, und wir werden auch in diesen zehn Jahren zueinander finden, und wir werden auch in diesen zehn Jahren zu werden. (Beifall) Wir müssen nur den Glauben haben, daß wir das können, dann wird es uns auch gelingen. Wir sehen heute in Deutschland im Anbruch einer ganz großen geschichtlichen Entwicklung. Wir selbst vermögen die Weite dieser Entwicklung nicht zu übersehen, weil wir selbst Kinder dieser Zeit sind. Die größten inneren und äußeren Probleme sind uns zur Milderung in die Hand gegeben. Wir haben keinen Grund, diese Probleme denn als unüberwindlich anzusehen, wir müssen sie nur anpacken, müssen den Glauben haben, sie meistern zu können, Adolf Hitler zeigt uns den Weg!“ (Stimmiger Beifall.)

## Der Aufgabenbereich des Goebbels-Ministeriums

Der Reichsminister hat unter dem 30. Juni 1933 eine Verordnung erlassen, wonach der Reichsminister für Volkswirtschaft und Propaganda zugleich für die Aufgaben der geistigen Einwirkung auf die Nation, der Werbung für Staat, Kultur und Weltfriede, der Unterrichtung der in und auswärts lebenden Deutschen über diese und der Vermehrung aller diesen Zwecken dienenden Einrichtungen.

Zunehmend gehen auf den Geschäftsbereich des Reichsministeriums für Volkswirtschaft und Propaganda über:

1. Aus dem Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes Nachrichtenwesen und Aufführung im Auslande, Kunst, Kunstausstellungen, Film und Sportwesen im Auslande.
2. Aus dem Geschäftsbereich des Reichsministeriums des Innern: Allgemeine innerpolitische Auffklärung, Hochschulfür Politik, Einführung und Begabung von nationalen Freizeiten und Staatsreisen unter Beteiligung des Reichsministeriums des Innern, Preise, Stundent, Nationalhymnen, Deutsche Bücherei in Leipzig, Kunst (mit gewissen Einschränkungen), Postpflege, Theaterangelegenheiten, Wildspielwesen, Bekämpfung von Schund und Schmutz.

Aus dem Geschäftsbereich des Reichswirtschaftsministeriums und des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft: Wirtschaftswerbung, Ausstellungen, Messen und Wettenwesen.

4. Aus dem Geschäftsbereich des Reichspropagandaministeriums und des Reichspropagandaministeriums: Werbepropaganda. Aus dem Geschäftsbereich des Reichspropagandaministeriums gehen ferner alle bisher dort bearbeiteten Handlungen angelegentlichkeiten über, ferner ist nicht die technische Verwaltung außerhalb der Säule der Reichspropagandaministeriums und der Rundfunkanstalten betreffen. An Angelegenheiten der technischen Verwaltung ist der Reichsminister für Volkswirtschaft und Propaganda soweit zu beteiligen, als es die Durchführung eigener eigener Aufgabe notwendig macht, vor allem bei der Festlegung der Berechtigungsbedingungen für Rundfunkanlagen und der Gebührenregelung. Auf den Reichsminister für Volkswirtschaft und Propaganda geht insbesondere die Vertretung des Reiches in der Reichspropagandaministeriums und der Rundfunkanstalten in seinen Umfange über.

Auf den begründeten Gehörten ist der Reichsminister für Volkswirtschaft und Propaganda für alle Aufgaben, einschließlich der Erhebung, ferner, für die Beteiligung der übrigen Reichsminister gelten die allgemeinen Grundzüge.

### Hierzu zwei Beilagen

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: V. August Döppner, Berlin, für den Anzeigen-Teil: Willy Sauer, Berlin  
Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zweifach wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung des Bezugsgebührens — Täglich 10 Pfennig (einschl. Post) — Monats 3 Mark — Quartals 10 Mark — Wöchentlich einmal: Die illustrierte Beilage „Zeitbilder“ — „Literarische Umschau“ — „Reise und Wandlung“ — „Recht und Leben“  
Für Rücksendungen unvollständige Manuskripte Porto beifügen  
VERLAG UND DRUCK: ULLSTEIN & CO., BERLIN



# Wohlfahrt für die Gejunden

## Beratung der Schwangeren — Ferien für die Mütter

Die Grundzüge der Wohlfahrtspolitik im neuen Staat wurden gestern von der NS-Wohlfahrt, der nationalsozialistischen Organisation für alle Fragen der Wohlfahrt und der Fürsorge, im Adolf-Hitler-Paus, Poststraße, auf einem Presse-Empfang erläutert.

Reinholdent Dr. Richter von der Gesundheitsabteilung ergriff aus der Fülle der Aufgaben, die die Wohlfahrtspolitik des neuen Staates der Wohlfahrtsteller stellt, das Thema der Gesundheit als Grundgedanke. Er sprach über die Bedeutung der Eltern. An die Stelle der Geburteneinschränkung aus wirtschaftlichen Gründen will der Staat eine Hilfestellung für Schwangerer und Mütter setzen, die den Umfang der bisherigen Beihilfen um ein Vielfaches übersteigt. Die bestehenden Einrichtungen der Gemeinden sollen durch die Spitze nationaler Wohlfahrtsorganisationen ausgebaut und verläßt werden, da es lohniger Apparat, die Unterstützung jeder gebäulichen Mutter und die gesundheitsliche Betreuung jeder Kindes für erforderlich, aus Staatsmitteln allein niemals erhalten werden könne. Es sind alle nehmenden bestehenden charitativen und sonstigen Wohlfahrtsorganisationen sollen deshalb in Aufbau und Arbeitsgebiet erhalten bleiben, gleichzeitig aber sollen sie alle durch gemeinsam ausgearbeitete Richtlinien auf die Grundlage der nationalsozialistischen Wohlfahrts- und Bevölkerungspolitik gestellt werden, die sich vorwiegend nach eigensinnigen Gesichtspunkten orientiert. Besonders Hilfsmittel für bisher der Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten behandelt worden.

### Eine feriale Scham

Bei dieser Fülle will die Arbeit der NS-Wohlfahrt zuerst einleiten: sie legt sich das Ziel, mit allen Mitteln aus dem Volke den Gedanken zu verdrängen, daß eine solche Krankheit ein Kennzeichen für Unmoral und Minderwertigkeit sei. Es müßte gelingen, sie als eine Erkrankung wie jede andere werden zu lassen. Zur beringer der Heilung führt und die NS-Wohlfahrt gefördert, soll gefördert werden. Fast immer werden sofortige Zeit für die Heilung durch genügend unangebrachte Scham verwehrt. Besonders Frauen können nicht einbringen, genug immer und immer wieder an ihre Pflicht der Allgemeinheit gegenüber erinnert werden, denn der größere Teil der vermeintlichen Schädigungen geht auf Frauen zurück. Vor allem müßte die Propaganda frühzeitig genug einleiten, die Fülle der wissenschaftlichen Fülle ausfüllend wirken.

### Das Ehe-Mittel

Der Eheberatung soll vor allem die Ausstellung eines ärztlichen Gesundheitszeugnisses zugunsten werden, das nicht erst auf Ceremonien folgt, sondern auch die genaue Krankheitsgeschichte der Ehepartner berücksichtigt. Ein solches Mittel soll die Eheföhrung nicht als Zwang angesehen werden, sondern als selbstverständliche Pflicht gegenüber der Nachkommenschaft Deutschlands. Dazu tritt die Beratung der Schwangeren, die deren Wichtigkeit um weniger unterschätzt werden kann, als es heute möglich ist, bei einer frühzeitigen Behandlung einer infizierten Mutter, das Kind völlig gesund zu erhalten. Die Fortpflanzung von Geschlechtskrankheiten durch Verzerrung könnte völlig abgeköpft werden, wenn es gelänge, alle Schwangeren gesundheitlich zu überwachen. Erhaltungsgang für die größere Teil der Mütter, bei deren Kindern man eine Infektion

## Unwetter über Berlin

### Fünfzig Alarmrufe an die Feuerweh

Infolge des unaufrichtigen Regens kam es gestern wieder genau wie bei den Wolkenbrüchen in der vergangenen Woche in Berlin und der Nacht zu zahlreichen Ueberflimmungen und mehreren Mitleidigkeiten. In Karow wurde an der Ecke der Dorfstraße und Winderberger See wurde der Lehrer Wendt aus Karow, Hertritzstraße, unter einem Baum vom Blitz getroffen und getötet. Er wurde erst einige Zeit außer Bewußtsein und ins Krankenhaus gebracht. Dasselbe Schicksal erlitt ein Kassierer auf der Karower Chaussee in Buch, dessen Personal nicht nicht schliefen. Er wurde vom Blitz getroffen und lebensgefährlich verletzt. Ueber fünfjüngmal wurde bis in die Nacht hinein die Feuerweh zu Hilfestellungen bei Ueberflimmungen verwendet. Die Unterstützung am Bahnhof Gellertor-Werl war gegen Abend so unter Wasser gelegt, daß sich die Fußgänger nur mit Mühe von der einen auf die andere Seite überfordern ließen konnten. Ein Autobus der Linie 7 mußte auf der Fahrt durch die Unterführung stehen bleiben, da Wasser in den Motor geraten war und dieser stillstand. Der Autobus mußte abschleppet werden.

In Buch wurde der Gefreite Strauß, die zentim tief liegt, vollkommener unter Wasser gelegt, die Helfer der anliegenden Pauer mehrfach überflimmten. Stundenlang mußten die Feuerwehrmannschaften mit Pumpapparaten die Wassermengen beseitigen. Ebenso war es in der Burgwallstraße in Blankenburg, wie auch in vielen anderen Vororten und Stadtteilen Berlins.

## Neuer Geschwindigkeitsrekord der „Bremen“

BREMEN, 30. JUNI

Der Schnellkomper „Bremen“ des Norddeutschen Lloyd, der sich zuletzt auf der Heimreise von New York nach Bremen befand, hat die bislang noch ihm erreichte Durchschnitts-

durch Bereubung fehlschitt, von ihrer Entkränkung gar nichts bewußt.

Es müßte deshalb allgemeine deutsche Sittlichkeit werden, daß jede Frau aus Pflichtgefühl gegen ihr zukünftiges Kind sich prinzipiell bei Beginn einer Schwangerschaft ärztlich auf solche Krankheiten hin untersuchen läßt. Wie schwierig es ist, in der Praxis sein wird, die einzelne Frau zur Untersuchung überhaupt, und dann zur regelmäßigen Behandlung anzuhalten, sei allgemein bekannt; hier liegt eine der fruchtbarsten Gebiete für chemische Frauenarbeit, die nur durch persönliche Ueberredung wissen können.

### Der Opfergebante

Vorher hatte der Leiter der NS-Wohlfahrt Erich Hilgenfeldt von dem Wandel der öffentlichen Anschauungen über Wohlfahrt, Wohlthätigkeit und das Opfer für die Volksgemeinschaft gesprochen. Man habe sich, sagte er, in dem Wohlthätigkeit der vergangenen Epoche anerkennenswert mit dem Einzelwohl beschäftigt in Bezug auf das Gesamtwohl aber vernachlässigt. Während das Rante unterteilt und gefördert wurde, vernachlässigte man das Gesehne. Bis zum Einlehen der Winterhilfe, die vor allem die schwierigsten Aufgaben haben werden, müßte es gelingen, in jedem einzelnen Deutschen den Opfergebanten zu erwecken, das heißt, daß er ein Opfer an seinem Staat lei, wobei das Dienendbüß Freiheit und nicht Knedschaft bedeute, und wobei das Schaffen um seiner selbst willen geschehe.

### Mütter-Erholung

Die NS-Wohlfahrt habe durch Sammlungen die Mittel aufgebracht, um vielen Frauen allein aus Berlin 4000 Rinder zu verschicken. Zur Erhaltung einer gebäulichen Jugend für den Staat solle die Erholungsstelle für Rinder ausgebaut werden, bis alle erholungsbedürftigen auch zu ihrer Erholung kommen. Das Rinde Land habe dabei tatkräftige Mitarbeiter angeboten. Als nächste große Aktion sei die Mütter-Erholung in Aussicht genommen. Am 15. Juli wird die Berliner Bevölkerung aufgerufen werden, um auch der Mutter und Hausfrau Erholung und Ausruhe zu ermöglichen, denn ohne eine ausgeglichene Mutter und Gesehnten des Mannes könne die Familie ihre wichtigste Funktion — in den Zeiten größter Anspannung ein Kräfte-Reservoir zu bilden — nicht erfüllen.

### Dirse und Buchweizen

Als nächste Aufgabe soll dann die Propagierung einer deutlicher Nahrungsampfen erfolgen. Dirse und Buchweizen, gesunde und sehr billige deutsche Lebensmittel, sind sich in Vergeßlichkeit geraten. Sie könnten sich durchweg den Preis erziehen und ihr Anbau würde gleichmäßig, im Falle einer Nahrungsmittelkrise, der deutschen Landwirtchaft tatkräftige Unterstützung bringen.

Obgleich die NS-Wohlfahrt das gesamte Gebiet der sozialen Fürsorge als ihr Arbeitsgebiet betrachtet, werde sie mit bestehenden Organisationen nicht in Konkurrenz treten. Sie wolle ebenfalls dort arbeiten, wo offensichtlich Mängel bestehen, andererseits dort zurückzuführen, wo es auf dem Gebiet der Anstaltsfürsorge, durch eine vererbliche Hauptpflicht zu große Kosten entstehen, die die gesamte öffentliche Fürsorge belasteten. Nach einer Umorganisation solle eine Sonderabteilung auch der Pflegeerziehung werden. Eine Verbindung mit dem Arbeitsgebiet der bestehenden NS-Wohlfahrtsorganisationen finde nur in der Schaffung gemeinsamer Richtlinien statt, ausfindiglich aus der nationalsozialistischen Jugendwelt herauszuwickeln sollen.

geschwindigkeit von 28,14 Seemeilen in der Stunde auf dieser Fahrt noch erheblich verbessert. Mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 28,51 Seemeilen in der Stunde hat das Schiff den eigenen von ihm gehaltenen Weltrekord geschlagen.

## Brandstiftung beim Kontursverwalter von Nordwolle

### Mißglückter Anschlag auf die Aktien

BREMEN, 30. JUNI

Wie von der Polizeidirektion Bremen mitgeteilt wird, war am Mittwochabend in den Büroräumen der Nordwolle-Konturverwaltung, am Hof in Bremen, ein Feuer ausgebrochen, während sich der Kontursverwalter, Dr. Feineman, auf Reisen befand. Nach den Ermittlungen der Polizei liegt eine vorläufige Brandstiftung vor, und zwar in den der Abwicklung des Nordwolle-Konturs dienenden Räumen. Ein Zimmer, das jedoch keine wesentlichen Aktendateien enthielt, ist vollständig ausgebrannt. Im Nebenzimmer waren Aktendateien mit einer sehr brechenartigen Fülligkeit besogen, ebenso die Tische mit einem anderen Zimmer. Die sofort benachrichtigte Feuerweh konnte rechtzeitig eine weitere Ausdehnung des

Das Unterhaltungsblatt der

## Vossische Zeitung

enthält im gestrigen Abendblatt u. a. folgende Beiträge:

Mein Onkel Tierarzt... von Noemi Ekal  
Leibnis-Tag der Berliner Akademie

Brandes verhindern, so daß die wesentlichen Akten gerettet werden konnten und damit der hauptsächlich beabsichtigte Zweck der Brandstiftung erreicht werden ist.

## Der Staatsanwalt enthüllt im BVG-Prozess

### Das wahre Gesicht der BVG-Räuber

Was es bisher im Verlauf des Prozesses gegen die sogenannten BVG-Häuber bei der Zurückhaltung der Angeklagten nicht möglich, einen tieferen Einblick in den Charakter dieser jungen Barden zu gewinnen, so wurde in der letzten Verhandlung das wahre Gesicht der Bande enthüllt. Dem der Verteidigung war angetroffen worden, die Bilder einer Fälschung zu unterziehen, die den Angeklagten im Polizeipräsidium zur Verfügung gestellt worden waren. Der Staatsanwalt untersag jedoch dieser Arbeit mit einem Ergebnis, wie es die Verteidigung allerdings wohl kaum erwartet hatte. Diese Notizen, die mit den Fingerzeig in das Papier gedruckt worden, wurden jedoch bekanntlich aufgeführt, daß die Bilder zwischen den Angeklagten mehrfach ausgetauscht wurden und die Mitteilungen dadurch fälschlicherweise Charakter erhielten.

„Es ist der Würde von Souer“, lautet eine dieser Notizen, die nach der Darstellung von dem Angeklagten Fritz Biene kam. Damit befaßt Biene den Angeklagten Hildebrand Löwer, der unter seinen Kampnamen Ude genannt wurde, denn diese Bemerkung bezieht sich auf die Sitzung des Proturieren Souer im Lokal von Siepmann in Marienthal. Aus dem weiteren Anmerkungen Udes von seinem Anwalt, dem Staatsanwalt, als Berater angesehen wurde. „Ich befaßt keinen“, schreibt Biene, „aber Ude, der Schuft. Ude soll sich das Leben nehmen.“ Eine andere Notiz bezieht sich auf die Verteilung der Briefe nach Siepmann, bemerkt der Staatsanwalt hierbei, ist unangekündigt, was ein Selbstmord von 7000 Mark von dem getriebenen 30.000 Mark gebildet ist.

Enthielten diese Randbemerkungen zunächst nur Nachrichten für die Mitangeklagten und Drehungen, so zeigen die folgenden Notizen von einer fast unvorstellbaren Feindschaft des Angeklagten Fritz Biene. Die Fälschung in Berlin führt nach dem Einblend, die die Verteilung dieser Notiz bei den Parteimitgliedern hervorruft.

„Wenig haben wir zu sagen, denn wir haben nichts getan, ohne Siepmann, ohne Siepmann, nehmen wir aus des Volkes an.“ Dieser Vers trägt die Unterschrift Fritz Biene. Und ein weiterer:

„Hans, Willy, Ude, Erich, Fritz, macht am 15. 9. 32 einen Witz.“

Dieser Witz, nach der Erklärung des Oberinspektors Meyer bei dem Hauptverhör auf den BVG-Überschuss am 5. September 1932. Und weiter:

„Ich bete täglich das Vater unser, um dem ich nur den Anfang kam.“

Schreibt Fritz Biene. Und schließlich findet sich die bezeichnende Notiz:

Notiz: „Ebensoverurteilt kommt nicht in Frage, denn es war kein Verbrechen, in 1932. Er war ein Feind, ein Feind, der Angeklagten in Berlin im Jahre 1948 (Zukunft) Geheint ist noch der Vorbereitung der Mordanschläge auf die Parteimitglieder (rechnen). Hoffentlich ist dann kein Bierfest.“

Bei diesen Anmerkungen ist sich besonders bemerkenswert der politische Einschlag. Sämtliche Angeklagten haben Briefe abgegeben, Mitglieder kommunistischer Organisationen, werden in Berlin, Hans und Willy Krebs haben sich sogar als Dornblume bezeichnet, eine Verteilung, die allerdings durch weitere Randbemerkungen wie „Rot front“, „Revolution bald, Willy Krebs“ in einseitiger Weise illudiert wird.

Aber diese Mitteilungen der Staatsanwaltschaft waren erst die Einleitung zu weiteren, aufsehenerregenden Enthüllungen. Die folgenden Notizen befaßt sich auf eine der Angeklagten Hildebrand, die folgenden Wortlaut hatte: „Hilffigkeit (gemeint ist Kriminalkommissar Hilffigkeit) hat mich noch mit meinem Wort über die 3. Straftat.“ Diese Bemerkung machte den Staatsanwalt hagen und Schickel ausfindig, was unter dem Namen Hilffigkeit, die es auf neue, noch unbekannte Straftaten der Angeklagten hinzuweisen sollte. Die Nachforschungen führten zu einem überzähligen Ergebnis.

In der Nacht vom 30. Juni zum 1. Juli 1932 war auf dem nationalsozialistischen Vertriebsbüro der Staatsanwaltschaft in Berlin, 15. der Reichsstraße ein vermergendes Feuer überfallig ausgebrochen. Ein Sachverständiger gab mitteilt, daß der Brand durch ein Feuer aus dem Motor eines Autos begann, das eine ganze Reihe von Schiffen auf das Votal ab. Geht Nationalsozialisten in einseitiger Weise illudiert werden.

Kurz Zeit später wurde am selben dießelbe Welle ein Feuer überfallig auf dem nationalsozialistischen Vertriebsbüro ausgebrochen. Dieser waren auch Opfer zu beklagen.

Große Bewegung entstand im Oberdistrikt, als der Staatsanwalt mit erheblicher Stimme feststellte, daß beide Ueberfälle von den Angeklagten Willy Krebs, Schickel, hagen und Schickel ausgebrochen worden, und daß ein volles Gefährnis von Krebs und Schickelgehorst vorliegt, während Schickel bis zuletzt gelugnet hat.

Auch diese Ueberfälle zeichnen sich aus durch die aufsehenerregende Brutalität, mit der sie durchgeführt wurden. Willy Krebs, Schickel, hagen und Schickel, die durch einen Brand in das Votal hinein, nachdem er vollständig brennen hatte, bis zum Votal bekrante, die in der Nähe waren, sich entfernten. Schickel war ernte und dem zweiten Ueberfall führten sich die Täter in einem Lokal in Schöneberg.

Mit diesen Enthüllungen kann als erwiesen angesehen werden, daß die Angeklagten durch einen kleinsten organisierten Kommunisten — eine Vermutung, die durch einen Zeugen bestätigt wird, den Sohn eines Schwitters aus Schöneberg, der nach langem Zögern dem Bericht erteilt, es sei allgemein die Rede davon gewesen, daß der 29. 3. Schöneberg die Ueberfälle auf die nationalsozialistischen Vertriebsbüros organisiert habe.

Aber nach diesen Enthüllungen ist der Staatsanwalt ist die Entfaltung in diesem Prozess wohl auch noch noch einer anderen





Samstag, 2. Juli

- 6.00 BD Gymnastik
6.15 B Hamburger Hafenkonzert
6.15 D Tagesgespr., anshl. Hamburger Hafenkonzert
8.00 B Julfranz
8.00 D Stünde der Scholle
8.05 B Hamburgs Land und Stadt
8.10 B Schallplatten
8.45 D 8.55 B Morgenfeier
11.00 D Gulan Fremden ist
11.00 D Symphonie an Deutschland
11.30 BD Bach-Rakate
12.00 D Mittagskonzert
12.05 B Konzert aus Leipzig
13.00 D Musikkonzert aus Breslau
14.00 B Stunde des Bühnenkollektivs
14.00 D Stünde der Sinter-Jugend
15.00 D Gesellschafts-Übungen im Luftschiffbau-Gesamtsverband
15.10 B Mit den letzten Biederbröckchen durch Alt-Berlin, Sberbericht
15.20 D Neues vom Film
15.30 B Radmitsingkonzert. In einer Pause: Französischsprachige Dichtung
15.30 D Rinderfunde
16.00 D Konzert aus Königsberg
17.00 D Stunde der Unterhaltungs-musik. Einlage:
17.30 D Deutsche Volkswesen im Aus
18.00 D Aus einer Tessiner Revolle
18.10 B Wolf an der Grenze
18.30 D „Die Ninfchen zur Natur“, Sberbericht
18.40 B Das B-Dur für Violine und Bratsche, von Rosart
19.00 B Der Antrag, literarisch-musikalischer Duerstift
19.40 B Konzert
19.45 D, 19.55 B Sport
20.00 D Unvergleichliche Klänge, deutsche Musik in Osterreich
20.05 B Volang
20.10 B „Der Altado“, Operette von Sullivan
22.00 D, 22.20 B Nachrichten
22.45 B, 23.00 D Unterhaltungs-musik. Einlage:
23.10 BD Sberbericht
24.00 B Tanzplatten

Montag, 3. Juli

- 6.00 BD Gymnastik
6.15 B Julfranz
6.20 B Frühkonzert aus Hamburg
6.20 D Tagesgespr., anshl. Frühkonzert aus Hamburg
8.00 B Gymnastik
8.35 D Gymnastik für die Frau
9.00 D Wie wichtigste ich rational? Vortrag
9.15 D Frühlicher Ringergarten
9.45 D Grammatik
10.10 D Schulfant: Dichter und Komponisten der Hiler-Jugend: Die Angst vor dem Zahnarzt
10.30 D Vortrag
11.45 B Schiller-Konzert, Hannover
11.45 D Konzert
12.00 D Schallplatten
13.00 B Schallplatten: Was die Berliner Opernhäuser brachten
14.00 D Schallplatten: Klassische Sätze
15.00 D Rinderfunde handarbeiten
15.20 B Die Frau im neuen Reich
15.35 B Jugendstunde: Ferientage am Nord- und Südpol
15.45 D Bilderstunde
16.00 D Kinder zur Saute
16.00 D Kurkonzert aus Breslau
16.15 B Vortrag über Schloß Wessiten

WAS SENDET BERLIN?

Abkürzungen: B = Berliner Sender, D = Deutschlandssender

- 16.30 B Klaviermusik auf dem Reo
16.55 B Für den Walfischer
17.00 D Das neue Gesichtsbild in der Schule
17.05 D Schallplatten: Serenaden
17.25 D Zeitfunk
17.30 B Ueber unser Theater
17.35 D Musik unserer Zeit
17.50 B Dhmärische Prozedien
18.00 D Das Gedicht
18.05 D Wie Kommerzmusik
18.10 B Georg-Böllert-Konzer
18.25 D Ueber Kricker
18.45 B Stimme zum Tag
19.00 D Stunde der Nation: Separatisten, Sberbericht
19.00 D Kernspruch, anshl. Schallplatten: Wandlungszeit
20.05 B Volang
20.10 B Johann-Strauß-Schallplatten
21.00 B Kammerorchester-Konzert
22.00 BD Nachrichten
22.30 B Tanzmusik. Einlage:
23.00 B Stadion Berlin spricht
23.00 D Sportkonzert aus Leipzig

Dienstag, 4. Juli

- 6.00 BD Gymnastik
6.15 B Julfranz
6.20 D Konzert aus Breslau
6.20 D Tagesgespr., anshl. Konzert aus Breslau
8.00 B Gymnastik
8.35 D Gymnastik für die Frau
10.10 D Schulfant: Der deutsche Waffenschild
11.30 D Zeitfunk
11.45 B Konzert aus Königsberg
12.00 D Schallplatten: Unsere Opernfänger
12.40 B Für den Landwirt
13.00 D Schallplatten: Bunte Stunde
14.00 D Schallplatten
15.10 D Ueber Finken und Feld-geflügel
15.20 B JF Goeismus ein Gedicht?
15.45 B Jugendstunde: Spielregeln
16.10 B Österreichische Fremdenpolitik
16.15 D Aus Osterreich
16.15 D Was-Musik
16.20 B Die Feier der neuen Front
16.30 D Konzert aus dem Zoo
17.00 D Frauenstunde
17.20 B Die bulgarische Hirschenzähe
17.30 B Szenen aus „Gottin“, von Stube
17.35 D Schulfant-Schumann-Stunde
18.00 D Was ist produktiv? Vortrag
18.05 D Seereschule und Seereschulbriefchen
18.15 B Bilderstunde
18.20 D Politische Zeitungsfragen
19.45 B Stimme zum Tag
19.45 BD Stunde der Nation: Klagen, Sberbericht von der größten Insel Deutschlands
20.00 D Kernspruch, anshl. Kleines Variete (Schallplatten)
20.5 B Volang
20.10 B „Das ladende Florenz“, Rom nibe und Grenze
20.30 D Kurkonzert aus Sominenide
22.00 BD Nachrichten
22.30 B Zeitfunk, anshl. Spätkonzert
23.00 D Tanzmusik

- Mittwoch, 5. Juli
6.00 BD Gymnastik
6.15 B Julfranz
6.20 B Schallplatten
6.20 D Tagesgespr., anshl. Schallplatten
8.00 B Gymnastik
8.35 D Gymnastik für die Frau
9.00 BD Schulfant: Deutsche Geschichte in heutiger Dichtung
9.25 D Frühlicher Ringergarten
10.10 D Schulfant: Arbeitsweise bauen ein Fliegen
11.30 D Ueber die deutsche Bühne
11.45 B Konzert aus Leipzig
12.00 D Schallplatten: Zur Unterhaltung
13.00 B Schallplatten: Kommerzmusik und Volang
14.00 D Wärbst Vier spielt
14.45 D Rinderfunde: Auf der Flaueninsel
15.10 D Inbanen und Kapital
15.20 D Stunde der Nation: „Eads, harte Wadst“, Bärgelge
15.45 D Aus: „Männer-Gemmer, von Buch
16.00 D Musik aus Hamburg
16.30 B Röntgenplatte spielt
17.00 D Ueber Ciceros
17.20 B Gezeiten in Berlin, Gepräch
17.30 D Alte Klaviermusik
17.40 B Orgelkonzert
18.00 B Wasserfanden
18.00 D Was Gedicht
18.05 D Was bewegt
18.20 B Sberbericht aus dem FD-Jug Berlin-Hamburg
18.35 D Funtdenit
18.45 B Stimme zum Tag
19.00 BD Stunde der Nation: „Eads, harte Wadst“, Bärgelge
20.00 D Kernspruch
20.05 B „Il Re Pastore“, Oper von Rogart
20.10 B Deutsches Viederpiel
20.50 B Haben Sie schon gehört?
21.00 B Sberbericht aus einer Schauspielerei
21.30 B Es wird Ordnung im Schrifttum, Gepräch
22.00 B 22.20 D Nachrichten
22.30 B Tanzmusik. Einlage:
23.00 B Stadion Berlin spricht
23.00 D Tanzmusik

- Donnerstag, 6. Juli
6.00 BD Gymnastik
6.15 B Julfranz
6.20 B Frühkonzert
6.20 D Tagesgespr.; Frühkonzert
8.00 B Gymnastik
8.35 D Gymnastik für die Frau
9.00 BD Schulfant: Ueber Vogelgeschicht
9.45 D Weitere Osterreich
10.10 D Schulfant: 30-Minutenwertes Ueber Vogelgeschicht
11.30 B Kurkonzert aus Springsdorf
11.30 D Zeitfunk
12.00 D Schallplatten: Grieg; Wieder nibe und Grenze
13.00 B Schallplatten: Aus heutigen Opern; Wärgelänge
14.00 D Schallplatten: Ballett-Suiten
14.45 D Rinderfunde

- Freitag, 7. Juli
6.00 BD Gymnastik
6.15 B Julfranz
6.20 B Schallplatten
6.20 D Tagesgespr.; Schallplatten
8.00 B Gymnastik
8.35 D Gymnastik für die Frau
9.00 BD Schulfant: Mit der „Reue-ruer“ von Sominenide nach Willau
9.45 D Frühlicher Ringergarten
10.10 D Schulfant: Wärgelge
11.30 B Konzert aus Hamburg
11.30 D Das Osterreichische Vogel-singen
12.00 D Schallplatten: Berühmte Dirigenten
13.00 D Schallplatten
14.00 D Jungwärdnerstunde
15.20 B Der Haushalt in der Volkswirtschaft
15.35 B Musik der Landstraße
15.45 D Bernd Bögle
16.00 D Wärgelge der Heimat
16.00 D Konzert aus Leipzig
16.15 B Ueber die Kritik der bildenden Künste
16.30 B Neue wärdnändliche Eieder
16.45 D Schulfant: durch musikalische Neuerfindungen
17.00 D Wärgelge
17.25 D Zeitfunk
17.30 B Eine Mutterprache — ein Sberbuch
17.35 D Eieder
18.00 B Briefmarken-Romanistik
18.00 D Das Gedicht

- 15.10 D Wärgelge der deutschen Jugend
15.20 B Ueber Holland, der Spel von Honesalles
15.45 D Eine Schicksalgeschichte
15.50 B Eiede und Arien
16.00 D Konzert aus Breslau
16.10 B Stann die Familienmutter im Haushalt mitbedienen? Gepräch
16.25 B Musik aus Sominenide
17.00 D Wie deutsche Hausfrau in Sdanghain
17.20 B Neue deutsche Zeit
17.35 D Musik unserer Zeit
17.50 D Zeitgenössische Eieder
18.00 D Was Gedicht
18.05 D Zeitgenössische Klaviermusik
18.10 D Stimmen der Gemeindefant
18.30 D Stunde des Landwirts
18.45 B Stimme zum Tag
19.00 BD Stunde der Nation: Abendkonzert aus dem Dom zum Passau

- 20.00 D Kernspruch, anshl. „Abt mit der Wandbarmontika“, nach dem Roman von Hausmann
20.05 B Volang
20.10 B Filmberie und Klein-reporter
20.30 B Ballettsinfonie
21.00 B Wir spielen zum Tag
21.20 D Unterhaltungs-musik der Kapelle Fühler
22.00 BD Nachrichten
23.00 B Stadion Berlin spricht, anshl.
23.00 D Unterhaltungs-musik der Kapelle Fühler
23.00 D Schulfant: Ein Express fährt ab

- Sabsttag, 8. Juli
6.00 BD Gymnastik
6.15 B Julfranz
6.20 B Frühkonzert
6.20 D Tagesgespr.; Frühkonzert
8.00 B Gymnastik
8.35 D Gymnastik für die Frau
9.00 BD Schulfant: Ein Express fährt ab
11.30 B Konzert aus Danzig
11.30 D Sportliche Wärdnfragen
11.45 D Zeitfunk
12.00 D Schallplatten: Danz, Mozart, Schubert
13.00 B Schallplatten: Tänge der Wälder; Aus Osterreich
14.00 D Schallplatten: Letzte Musik
14.00 D Wärgelge
15.20 B Wärdnänder alle Märdner
15.35 B Wärdnänder in Gefahr! Vber-gefolge
15.45 D Alt-Berliner Sommer
16.00 B Tanz- und Unterhaltungs-musik
16.00 D Musikkonzert aus Hamburg
16.55 B Festlichkeiten für das Turnfest in Stuttgart
17.15 B Im Stadtrand fängt ein Fledermaus
17.30 D Gitarrenkonzert
18.00 B Wärgelge-Eieder
18.00 D Was Gedicht
18.05 D Wärgelge
18.20 B Ein Klavier fängt mit einem Jnguar, Erlebnisbericht
18.30 D Erlebnis im Stuttgarter Theaterhaus
18.45 B Stimme zum Tag
19.00 BD Stunde der Nation: Wie der Schwabe singt und spielt
20.00 D Kernspruch; Tanz- und Unterhaltungs-musik
20.05 B Volang
20.10 B Was Gedicht
20.20 B Mit dem Wärdnführer durch Berlin
22.00 BD Nachrichten
22.30 B Tanzmusik. Einlage:
23.00 D Stadion Berlin spricht
23.00 D Radmusik aus München

- 18.05 D Wärdnharmonika-Musik
18.10 B Ein Monat Sport, Rückblick
18.15 D Sberbericht von Training für den Wärdnerabend auf der Wärdner
18.45 B Stimme zum Tag
19.00 BD Stunde der Nation: Schlemmer-Sinfonie, mercuriumstimmungen, Bärgelge
20.00 D Kernspruch, anshl. Osterreich
20.05 B Volang
20.10 B Sinfonie-Konzert
21.00 B Haben Sie schon gehört?
21.00 D Osterreich aus den Wärdner Wärgelge
21.10 B Das Brautband, Gepräch
21.30 B Rom deutschen Alpen, Ton-dichtung
22.00 BD Nachrichten
22.30 D Tanzmusik. Einlage:
23.00 B Stadion Berlin spricht
23.00 D Radkonzert

Sabsttag, 8. Juli

- 6.00 BD Gymnastik
6.15 B Julfranz
6.20 B Frühkonzert
6.20 D Tagesgespr.; Frühkonzert
8.00 B Gymnastik
8.35 D Gymnastik für die Frau
9.00 BD Schulfant: Ein Express fährt ab
11.30 B Konzert aus Danzig
11.30 D Sportliche Wärdnfragen
11.45 D Zeitfunk
12.00 D Schallplatten: Danz, Mozart, Schubert
13.00 B Schallplatten: Tänge der Wälder; Aus Osterreich
14.00 D Schallplatten: Letzte Musik
14.00 D Wärgelge
15.20 B Wärdnänder alle Märdner
15.35 B Wärdnänder in Gefahr! Vber-gefolge
15.45 D Alt-Berliner Sommer
16.00 B Tanz- und Unterhaltungs-musik
16.00 D Musikkonzert aus Hamburg
16.55 B Festlichkeiten für das Turnfest in Stuttgart
17.15 B Im Stadtrand fängt ein Fledermaus
17.30 D Gitarrenkonzert
18.00 B Wärgelge-Eieder
18.00 D Was Gedicht
18.05 D Wärgelge
18.20 B Ein Klavier fängt mit einem Jnguar, Erlebnisbericht
18.30 D Erlebnis im Stuttgarter Theaterhaus
18.45 B Stimme zum Tag
19.00 BD Stunde der Nation: Wie der Schwabe singt und spielt
20.00 D Kernspruch; Tanz- und Unterhaltungs-musik
20.05 B Volang
20.10 B Was Gedicht
20.20 B Mit dem Wärdnführer durch Berlin
22.00 BD Nachrichten
22.30 B Tanzmusik. Einlage:
23.00 D Stadion Berlin spricht
23.00 D Radmusik aus München

Ubersichtliche Europa-Programme in der großen Funk-Zeitung „Sieben Tage“, Ueberall für 20 Pf. Abonnement in jeder Ullstein-Filiale oder durch die Post.

Der Schaum macht! BIOX-ULTRA die schäumende ZAHNPASTA sie spritzt nicht u. wird nie hart.

Stapooper Unt. d. Linden
Sonabend, 1. Juli
261. Abonnements-Vorstellung
Anfang 7 1/2
Mida

Staatlich. Schauspielhaus
Am Gendarmenmarkt
Sonabend, 1. Juli
261. Abonnements-Vorstellung
Anfang 5 Uhr
1. Wiederholung des Lustspiels

Wenn der neue Wein blüht...
von B. J. J. J.
Inszenierung: Franz Ehrlich

Komödie
Kauf-Damm 206 - Bonn. (J.) 1995
Hilde Hildebrand, Fritz Schulz

Der Mann mit dem Stundrad
Preis 1.50 Mark

8 1/2 Komödienhaus
Sotto Wallburg in Der Mitternachtsdichter
Sommerpreise

Th. am Kurfürstendamm
Bismark 100 und 606 - Tagl. 5/4
7. Ue. Woche des Stenogramm-Festspiels

Komische Oper
Das glaubt uns kein Mensch
Musiktheater

PIAZA
Charley's Tante
1. Vorstellung . . . 30 Pf. bis 1 M
2. u. 3. Vorstellung 60 Pf. bis 2 M

Theater i. d. Behrenstraße
Terzett zu Diert
Lustspiel mit Musik von Leo Leo

8 1/2 Metropol.-Th.
Centa Sömeland in April-Prinz
Wärgelge, Lecker, Hecker, Wärgelge, Bartels, Jochen, Schiller, Töcher

8 1/2 Theater des Westens
Ailes für Eva
Musiktheater

Theater a. Nollendorfsplatz
EUGEN RECH
Strach um Soliman

8 1/2 Renaissance-Th.
Abele Sandro der Stärenfied
Neuen, Schott
Preis 1.50 - M

Tagl. 5
MARIANA
Willy Bollesko usw.
Frank Günther konfiziert

VOLKSTHEATER
Försterbrunn
Lichtburg

Bechstein Flügel, Blüthner
UNTERRICHTS-ANZEIGEN
Pädagogium
Waldsiedersdorf
Ab Däbersee (Mk. Schwel), 80 Stütz. Kleines Klassen. Preisprogr.



Für Wasser-Wanderer:
„B.Z.-Karte Märkische Gewässer“
(Sprea, Havel, Meecklenburger Seen)
Mit vielen wichtigen Hinweisen wie: Schloesen, Entfernungen, Wasserfließen, für welche Boote befahrbar, u. u. a. Für 1.80 Mark überall zu haben



# 50 pCt. Zinsen-Transfer

## Das Ergebnis der Londoner Verhandlungen Dr. Schachts Vorzugsbehandlung für Dawes- und Young-Anleihe

Über das Ergebnis der Verhandlungen, die Reichsbankpräsident Dr. Schacht in London mit den Vertretern der Anleihegläubiger Deutschlands geführt hat, gibt das folgende Communiqué Auskunft, dessen Inhalt im politischen Teil besprochen wird.

„Das am 9. Juni 1933 erlassene Gesetz über Zahlungsverbindlichkeiten gegenüber dem Ausland sah das Inkrafttreten des Transferaufschubs für den 1. Juli d. J. vor. Die Absicht der Einschaltung dieses Frist vom 30. Juni zum 1. Juli war, der Weltwirtschaftskonferenz in London Gelegenheit zu geben, sich inzwischen mit dem Transferproblem zu beschäftigen. Da eine Lösung ausgeblieben ist, so tritt der Transferaufschub am 1. Juli d. J. in Kraft.

Um seine Auswirkungen auf die ausländischen Gläubiger Deutschlands soweit wie möglich zu mildern, sind in der Zwischenzeit seitens der Reichsbank Besprechungen mit den Vertretern der Auslandsgläubiger geführt worden, die eine Übereinstimmung in folgenden Grundzügen ergeben haben:

- a) Es herrsche Übereinstimmung darüber, daß die der Reichsbank nach zur Verfügung stehende freien Gold- und Devisenreserven einen solchen Tiefstand erreicht haben, daß bei weiterer Rückgang die volle Funktion der Reichsbank als zentrales Notenbankinstitut beeinträchtigt werden müßte und daß es wünschenswert ist, diese Reserven schrittweise zu erhöhen.
- b) Es wurde ferner anerkannt, daß das Absinken des deutschen Zahlungsbilanzens seit dem 30. Juni ein Anreiz zur Förderung der Ausfuhr und einer Wiederingangskonten des Landes in vollem Umfang gerechnet werden könne und daß letzten Endes große internationale Schuldverpflichtungen nur erfüllt werden können durch Warenbewegungen und Dienstleistungen.
- c) Hinsichtlich der notwendig gewordenen Transferbeschränkungen wurde anerkannt, daß diese auf den Dienst der Dawes-Anleihe und soweit es sich um Zinszahlungen handelt, auch auf die Young-Anleihe nicht ausgedehnt werden sollen.
- d) Dagegen soll unter den übrigen Anleihen und Schuldverpflichtungen keine Priorität Bevorzugung der einen vor der anderen gemacht werden. Dabei wurde der Wunsch ausgesprochen, die Reichsbank möge erlauben, ob nicht für den Dienst dieser Anleihen auf Schuldverpflichtungen ein bestimmter Devisenbetrag etwa für die nächsten sechs Monate in Aussicht gestellt werden könne.

Zwecks Durchführung dieser Grundsätze hat die Reichsbank eine sorgfältige Schätzung der voraussichtlich in den kommenden 6 Monaten eingehenden Devisen, um möglichst sicherzustellen, daß die Teilzahlungen, die sie auf den Anleiheinstrom von 1. Juli bis zum 31. Dezember d. J. leistet, auch tatsächlich zu decken sind. Die Reichsbank wünscht nicht in die Lage zu kommen, den Transfer etwa während der ersten drei

oder 4 Monate zu leisten, um in den nächsten 2 bis 3 Monaten zu einem verkürzten Transfer auf die dann fälligen Beträge gezwungen zu sein.

Eine angestrebte Handelsentwicklung vorausgesetzt, glaubt die Reichsbank den Prozentsatz der zu leistenden Teiltransferierungen auf

50 pCt. in Aussicht nehmen

zu können. Demnach wird die Reichsbank auf die in der Zeit vom 1. Juli bis zum 31. Dezember d. J. eintretenden Fälligkeiten folgenden Transfer leisten:

- 1. Für die Dawes-Anleihe von 1924 werden Zinsen und Tilgung voll transferiert.
- 2. Für die Young-Anleihe von 1930 werden die Zinsen voll transferiert.
- 3. Die Transferierung der Tilgungsbeträge für die Young-Anleihe und alle übrigen fällig werdenden Tilgungsbeträge findet nicht statt.
- 4. Auf alle fällig werdenden Zins- und Gewinnanteilszahlungen wird die Hälfte, jedoch höchstens 4 pCt. pro anno transferiert.

Die nicht transferierten und gemäß den gesetzlichen Bestimmungen bei der Konversionskasse einzuzahlenden Reichsmarkzahlungen werden wie folgt durchgeführt:

A. Für Einzahlungen nicht transferierten Zinsen und Gewinnanteile werden den Berechtigten handelsfähige Schuldscheine der Konversionskasse zur Verfügung gestellt, die auf Nennbeträge von 30, 40 und 50 RM oder ein Vielfaches dieser Beträge lauten.

B. Die aus den Amortisationszinsen sich ergebenden Reichsmarkzahlungen werden den Berechtigten bei der Konversionskasse gutgeschrieben. Über ihre Verwendungsmöglichkeit werden weitere Bestimmungen folgen.

Um jede mögliche Ersparnis an Devisen wirksam zu machen, wird Vorsorge getroffen werden, daß die inländischen Besitzer dieser Anleihe die Zahlung auf Zinsscheine und ausgeloste Stücke nur in Reichsmark erhalten.

Die bisherige Devisenlage und Entwicklung läßt erkennen, daß die Reichsbank mit der vorstehenden Regelung an die Grenzen des Möglichen gegangen ist, insbesondere wird die gemeinsam anerkannte Forderung, den Gold- und Devisenbestand der Reichsbank anzureichern, wenn überhaupt, dann nur in äußerster Notwendigkeit und im Umfang und sehr langsam erfüllt. Die Reichsbank geht deshalb bei der vorstehenden Regelung von der unerlässlichen Voraussetzung aus, daß die normale Entwicklung des deutschen Außenhandels von keiner Seite durch Eingriffe gehindert wird, da die Durchführung der geplanten Regelung wie auch die baldige Wiederaufnahme der vollen Transferierung völlig abhängig ist von der Gestaltung des deutschen Exports.

Die Konversionskasse wird am Schluß jeden Monats, erstmalig für den 30. Juni, ihren Status veröffentlichen.

# Fusionspläne beim Stahlverein

## Im Rahmen der Neugliederung

Wie WTB-Handelsblatt von der Verwaltung der Vereinigten Stahlwerke in Essen erfuhr, daß im Zusammenhang mit der bereits in Angriff genommenen Neugliederung der Vereinigten Stahlwerke in eine Reihe selbständiger Betriebsgruppen sowie mit dem soeben bei der Gelsenkirchener Bergwerks AG eingeleiteten organisatorischen Maßnahmen der Plan erwogen wird, die Vereinigten Stahlwerke sowie die beiden Muttergesellschaften Phoenix und van der Zypen mit Gelsenkirchener auf Fusion zu verschmelzen.

Die eventuelle Durchführung dieser Maßnahme würde im Zusammenhang mit der Schaffung von Betriebsgruppen einen wesentlich klareren Aufbau und eine schärfere Abgrenzung der Verantwortlichkeit innerhalb des Gesamtkonzerns ermöglichen. Da die Durchführung der Fusion von einer Reihe von Umständen abhängt, die, wie z. B. die Frage der erscheidenden Anleihen, zur Zeit noch nicht völlig geklärt sind, haben die zuständigen Verwaltungsgremien zu diesem Plan bisher noch nicht Stellung nehmen können.

★

Die Vereinigten Stahlwerke AG gibt, wie der Essener Korrespondent der WTB, mitteilt, daß die Verwaltung sich offiziell auszusprechend Verlautbarung zu erkennen, daß es im übrigen auch bereits aus der Verselbständigung der Werkstätteninteressen hervorgeht, die technische Reorganisation ihrer Verwaltungen in sich die in die Fachgruppenbildung beim Stahlverein schon seit seiner Gründung bestimmend für den Aufbau des Konzerns gewesen. Man nennt die Anlagen in beiden Hüttengruppen Ost und West, in Siegerländer Gruppe und westlich.

Im Zuge der wirtschaftlichen Neuordnung liegt es nun, diesen Gruppen auch nach außen hin eine selbständige Stellung zu geben als sie bisher hatten. Die Entscheidung wird beschleunigt durch drei Faktoren. Einmal durch das Bestreben, das Prinzip der unternehmerischen Selbstverantwortlichkeit der einzelnen Gruppen wieder stärker als in den vergangenen Jahren zur Geltung zu bringen. Die Praxis hat gelehrt, daß der Kaufmann sehr häufig dem Techniker gegenüber „schwach“ war, solange aus dem „großen Topf“ der Hauptfinanzverwaltung Geld genommen wurde. Heute tritt es in neuerer Zeit auch in dieser Beziehung die Erkenntnis durchgesetzt, daß die kaufmännische Verantwortlichkeit der

Gruppenleiter der Wagnis des selbständigen Unternehmers werden muß.

Die Erfüllung gibt aber zweifellos erst in der auch juristischen Verselbständigung der verschiedenen Gruppen mit dem Zwange der Bilanzveröffentlichung. Hier setzt der zweite Antriebsfaktor ein: die in dieser Stelle bereits behandelte, im Interesse der reinlichen Scheidung der Fachgruppen unbedingt gebrauchenswerte Forderung, nicht konzerngebundenen Werke, dem ungestunden Wettbewerb basieren auf der Konzernverpflichtung, durch die Pflicht zum Rentabilitätsnachweis zu besetzen.

Drittens erhebt der ständige Aufbau eine neue wirtschaftliche Aufgabe, die für die Fachgruppenbildung Voraussetzung ist. Seit Beginn der Untersuchung, die Geheimrat von Flotow im Auftrage der über die Gelsenkirchener Bergwerksverwaltung am Stahlverein interessierten Reichsregierung vornahm, um eine Umbildung des mit den verschiedensten Schwierigkeiten kämpfenden Konzerns vorzubereiten, hat man über die weitere Entwicklung nichts mehr gehört.

Das organisatorische Problem ist beim Stahlverein im allgemeinen gelöst. Es soll, wie aus der obigen Meldung hervorgeht, in Kürze seiner Vollendung entgegengehen. Offen bleibt die Finanzierungsfrage. Sie scheint im Augenblick — unbeschadet der organisatorischen Umbildung — von außen gesehen wichtiger und dringlicher als zuvor. Die Frage der Überkapitalisierung wird von den maßgebenden Kreisen sehr lebhaft aktuell betrachtet, denn es ist in der letzten GV des Stahlvereins ausdrücklich betont worden, daß bei 50 prozentiger Kapazitätsausnutzung die Rentabilität des Konzerns sich erheblich steigern würde. Die bessere Ausnutzung der Leistungsfähigkeit bereits auf 35 pCt. beziffert, und man hofft nicht ohne Grund auf eine weitere Besserung. Trotzdem will uns scheinen, die Kapitalisierung der Vereinigten Stahlwerke ist, sei es Frage, die der vorordentlichsten Überlegung bedarf.

Mit der technischen Reorganisation allein ist das Problem nicht gelöst. Deshalb erscheint auch die Ankündigung der Fusion als ein wichtiger Schritt, den es in der nächsten Verfahrts. Sie wird ohne Zweifel, weil strukturell gegeben, über kurz oder lang kommen. Vorausgehen muß aber, wenn die Konzernverwaltung sich entwickeln sollen, die Auflockerung des Stahlvereins, und das wird geringfügig der Fall sein.

Die Aufgliederungsvoraussetzungen spielen im übrigen, wie schon hervorgehoben, eine wichtige Rolle. Die Vereinigten AG, hervorig, hinsichtlich der amerikanischen Anleihegläubiger eine besondere Rolle. Schwierigkeiten

ersthafter Natur können unseres Erachtens daraus aber nicht entstehen, denn, wenn die Sicherheit zuerst steht, kann die Umgründer der Anteilnehmer keine Schwierigkeiten bereiten.

Schließlich glauben wir nicht, daß in Bezug auf die vorstehend wiedergegebene offiziöse Notiz eine Fusion zwischen Holding-Gelsenkirchener-Phoenix-van der Zypen und Stahlverein vollendet werden dürfte, bevor die organisatorisch-technische Neuordnung des Stahlvereins selbst durchgeführt ist. Denn Zweck der von Gelsenkirchener eingeleiteten fachlichen Arbeit ist wohl die reinliche Scheidung zwischen rein industriellen Betrieben einerseits und Holding andererseits, so wie es der Staat in ständischen Aufbau will.

## Förderung der Arbeitsbeschaffung

### Auftrag des Deutschen Industrie- und Handelsrats

Beim Deutschen Industrie- und Handelsrat und bei den Industrie- und Handelskammern sind auf Grund der bei Erlass des Gesetzes zur Verminderung der Arbeitslosigkeit veröffentlichten Aufrufe eine Fülle von Anfragen eingelaufen, die das große Interesse aller beteiligten Wirtschaftszweige am Arbeitsbeschaffungsprogramm, insbesondere an dem neuen Gesetz zur Förderung der Arbeitsbeschaffung, zu beobachten beschaffen bekunden. Der Deutsche Industrie- und Handelsrat hat sich gegen die Auslegung einer Reihe der bei der Anwendung des Gesetzes anzuwendenden Bestimmungen, so des Begriffes des „Arbeitskapitals“ der Maschine, des Gerätes und der Anschaffung oder Herstellung, unverzüglich mit dem Reichsfinanzministerium in Verbindung gesetzt. In diesem Zusammenhang sind Fragen durch das Reichsfinanzministerium gestellt.

Der Deutsche Industrie- und Handelsrat nimmt Veranlassung, erneut auf die große volkswirtschaftliche Bedeutung der Bestimmungen über die Arbeitsbeschaffung hinzuweisen, die geeignet sind, Produktionsausweitung und Arbeitsbeschaffung wesentlich zu unterstützen. Derselben Ziel dient die Zeichnung von Spenderaktiven zur Förderung der nationalen Arbeit. Der Deutsche Industrie- und Handelsrat ist mit der Regierung der Auffassung, daß es Pflicht eines jeden Deutschen ist, in jedem Falle seinen Beitrag zu Spendenbereitschaft in möglichst großem Umfang zu leisten, um auch von dieser Seite her das große Werk zur Verminderung der Arbeitslosigkeit, das die Reichsregierung durch das Gesetz vom 1. Juli 1933 eingeleitet hat, zu fördern und zum Erfolg zu führen.

## Vor einem Gesetz gegen Rabbt-Überbetreibungen

Wie das V. D. Z-Büro meldet, hat das Preussische Ministerium für Wirtschaft und Arbeit sich in einem Erlaß an die Industrie- und Handelskammern, die Zweckvereine, Kaufmannswerkskammern mit den Mitgliedern auf dem Gebiet des Zugabes und Rabattwesens beschäftigt. Darin wird u. a. ausgeführt, daß die Erregung über Mißbräuche beim Zugabes und Rabattwesen, die in den letzten Jahren, auf Grund der in der Wirtschaftslage in neuerer Zeit vielfach zu Sonderektionen örtlicher Stellen gegen Einzelhandelsgeschäfte Veranlassung gegeben haben, obwohl solche Sonderaktionen der gesetzlichen Grundzüge entbehren. Das Reichskabinett habe in dem Gesetz vom 12. Mai d. J. das Zugabesverbot soweit verschärft, daß nach Ablauf des vorstehenden Jahres die einseitigen Zugabes und Rabattsverhältnisse, zur Bekämpfung ungesunder Überbetreibungen auf dem Gebiete des Rabattwesens sein gesetzgeberischer Handlungsbereich in Frage zu stellen. In bisher zur Verfügung stehenden Vorschriften wirksam zu ergreifen würden. Die Notwendigkeit irgendwelcher Sondermaßnahmen auf diesen Gebieten könne deshalb nicht anerkannt werden. Die Bekämpfung ungesunder Zugabes und Rabattbenützung nicht nur in die betroffenen Einzelhandelskreise, sondern auch in die übrige Wirtschaft, besonders die betriebswirtschaftliche Industrie, zu übertragen, auf Grund der in der Wirtschaftspolitik durchaus abträglich sei. Wohl aber erwache den gesetzlichen Berufsvertretungen von Handel und Handwerk bei dieser Sachlage in verstärktem Maße die Aufgabe, die Bekämpfung ungesunder Zugabes und Rabattbenützung stehenden Mitteln nachdrücklich entgegenzutreten. Eine schnelle und wirksame Hilfe werde besonders von den Einzugsämtern für Wettbewerbsstreitigkeiten erwartet werden können.

Für den Erfolg der gesetzlichen Neuregelung des Zugabeswesens werde von Bedeutung sein, ob es gelinge, eine militärische Ausstattung der Ausnahmen hinsichtlich der Reklamierbarkeit, die in dem Gesetz vorgesehen sind, zu verhindern. In Zweifelsfällen werde empfohlen, sich mit dem Deutschen Industrie- und Handelsrat in Verbindung zu setzen. Im Rahmen des Zwecks der Differentialbesteuerungen über eine einheitliche Handhabung nicht ohne Erfolg geboten.

## Verständigungswille der Schweiz

### Importkontingente zunächst für Juli

ZÜRICH, 30. JUNI

Das schweizerische Volkswirtschaftsdepartement hat der Schweiz für Ende Juli ein Schreiben an den schweizerischen Importeuren auf ihren Antrag wieder Kontingente für die Einfuhr von deutschen Waren, vorläufig allerdings nur für Juli, zu erteilen. Wie gemeldet, war die Einfuhr von deutschen Waren in der Schweiz im letzten Jahr auf einen Hinweis auf die schwebenden Transferverhandlungen. Der heutige Beschluß, der eine wesentliche Entspannung der deutsch-schweizerischen Handelsbeziehungen zu bedeuten dürfte, den Fortgang der Besprechungen nicht zu erschweren. Er ist ein Zeichen dafür, daß man in der Schweiz wenigstens mit einem gewissen Verständnis für die schwierigen Abschlüsse der Verhandlungen rechnen können. Die Verhandlungen werden durch eine neue Vereinbarung ersetzt werden müß.

## Ernennung der Darlehens- und Hypothekenzinsen bei der R.F.A.

Das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte hat beschlossen, seine Sonderregelungen in Einzelfällen abgesehen, beim Zinssatz für die laufenden langfristigen Darlehen und Hypotheken von 6 pCt. einen Nachlaß auf zunächst 5 1/2 pCt. einzutreten zu lassen, und zwar mit Wirkung vom 1. Juli 1933 ab, d. h. für die Zinsen der im Juli 1933 ab laufende Darlehen, nicht aber schon für die am 1. Juli fällig werdenden,





